

Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tagesblatt Riesa.
Fernruf Nr. 20.

Das Riesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Anwaltschaft beim Amtsgericht und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postkassentext: Dresden 1500
Circulasse Riesa Nr. 32.

Nr. 64.

Freitag, 16. März 1923, abends.

76. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für März 8900.— Mark einschl. Fringerlohn. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für Bewilligter Rabatt erhöht, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Schädliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Verlegerin, die die Verlegerin befreit, hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Renger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Gortzstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittich, Riesa.

Auf Blatt 641 des Handelsregisters ist heute die Firma „Hübler & Co., Aktien-Gesellschaft in Riesa“ eingetragen worden. Der Gesellschaftsvertrag ist am 28. Januar 1923 festgesetzt. Gegenstand des Unternehmens ist die Herstellung von Mühlenfabrikaten und ähnlichen oder verwandten Erzeugnissen, einschließlich aller hiermit unmittelbar oder mittelbar in Verbindung stehenden Hilfs- oder Nebengeschäfte. Die Gesellschaft führt das von ihr bei der Gründung übernommene, bis dahin unter der Firma Hübler & Co. in Riesa a. d. Elbe betriebene Mühlenwerk weiter. Die Gesellschaft ist beauftragt, zu diesen Zwecken im In- und Auslande Zweiganstalten zu errichten, Grundstücke zu erwerben und zu veräußern, sich bei anderen ähnlichen Unternehmungen zu beteiligen und überhaupt alle Maßnahmen zu treffen, die zur Erreichung oder Förderung ihres Zweckes angemessen erscheinen. Das Grundkapital beträgt fünfundsünfzig Millionen Mark und ist eingeteilt in 30000 Stück Stammaktien und zwar 20000 Stück zu je 1000 Mark, 4000 Stück zu je 5000 Mark und 1000 Stück zu je 10000 Mark, und 5000 Stück Vorzugsaktien zu je 1000 Mark, sämtlich auf den Inhaber lautend. Zum Vorstand ist bestellt: Dr. jur. Kurt Wittig in Leipzig. Die Gesellschaft wird rechtsverbindlich vertreten: 1) wenn der Vorstand aus einer Person besteht, durch diese, 2) wenn der Vorstand aus mehreren Mitgliedern besteht, entweder durch zwei Vorstandsmitglieder oder durch ein Vorstandsmittelglied und einen Vorprüfenden. Stellvertretende Vorstandsmittelglieder stehen in Bezug auf die Vertretungsbefugnisse den ordentlichen Vorstandsmittgliedern gleich. Weiter wird noch bekanntgegeben: Die Vertretung und Abberufung des Vorstandes erfolgt durch den Aufsichtsratsvorsitzenden im Einverständnis mit seinem Stellvertreter. Die öffentlichen Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen rechtskräftig durch einmalige Bekanntmachung im Deutschen Reichsanzeiger. Die Einberufung der Generalversammlung erfolgt, soweit im Gesetz nichts Abweichendes bestimmt ist durch den Aufsichtsrat oder durch den Vorstand unter Angabe der Tagesordnung mittels öffentlicher Bekanntmachung, und zwar so, daß zwischen dem Tage der Bekanntmachung und dem Tage der Versammlung, beide Tage nicht mitgerechnet, ein Zeitraum von mindestens 18 Tagen liegt. Die ordentliche Generalversammlung hat jeweils innerhalb der ersten sechs Monate eines jeden Geschäftsjahres stattzufinden. Der Ort an dem die Generalversammlung zu berufen ist, wird jeweils vom Aufsichtsrat bestimmt. Die Ausgabe der Aktien erfolgt zum Nennbetrage. Jede Stammaktie nominell 1000 Mark gewährt 1 Stimme, jede Vorzugsaktie gewährt 8 Stimmen, letztere beschränkt sich auf die Fälle der Belegung des Aufsichtsrates, der Abberufung der Satzungen und der Auflösung der Gesellschaft. Die Vorzugsaktien erhalten aus dem verteilbaren Jahresgewinn vor den Stammaktien eine Dividende von 7 Prozent aus dem Nennwert. Im Falle der Auflösung der Gesellschaft erhalten von dem Liquidationserlös zunächst die Vorzugsaktionäre in Höhe des Nennwertes ihrer Aktien Vertheilung. Der Rest wird auf die Stammaktionäre im Verhältnis ihrer Aktienbeträge verteilt. Die Einziehung von Aktien durch Verkauf ist gestattet, darf aber nur aus dem nach der jährlichen Bilanz verfügbaren Gewinn erfolgen. Die Gründer der Gesellschaft sind: Camilla Hübler geb. Hübler in Radeburg, Katharina Hübler geb. Hübler in Leipzig, Margarete Koepfer geb. Hübler in Dresden, Anna von Wilsch geb. Hübler in Leipzig-Grützsch und Dr. jur. Kurt Wittig in Leipzig-Schleusig. Sie haben sämtliche Aktien übernommen. Die ersten 4 Gründer haben das von ihnen betriebene Mühlenwerk unter der Firma Hübler & Co. in Riesa nach dem Stande vom 30. Oktober 1922 einschließlich der Grundstücke, Blatt 278, 333 und 1331 Grundbuch für Riesa in die Gesellschaft eingebracht, gegen Ueberlassung von je 2500 Stück Stammaktien. Mitglieder des ersten Aufsichtsrates sind: Direktor Wily David in Berlin, Bankdirektor Ernst Gold in Dresden, Bankdirektor Max Mauritz in Leipzig, Direktor Fritz Meier in Berlin-Schöneberg, Bankdirektor Georg Vriem in Riesa, sowie Obergerichtsrat Ernst von Wilsch in Leipzig-Grützsch und zwar Direktor Gold unter Wirkung von einem fortwährenden Wirkung. Von dem mit der Anmeldung der Gesellschaft eingereichten Schriftstücken, insbesondere von dem Prüfungsbericht des Vorstandes, des Aufsichtsrates und der Revisoren kann in den Geschäftsstunden des Amtsgerichts auf der Gerichtsschreiberei Einsicht genommen werden.

Amtsgericht Riesa, den 15. März 1923.

Deutsches und Sächsisches.

Riesa, den 16. März 1923.

— Rezitationsabend Marie Schipmann. Berlin (veranstaltet vom Verein für Volksbildung und Kunstpflege Riesa-Gröba). Die am Nachmittag abgehaltenen Märchenrezitationen mußten wegen des großen Andranges von Kindern zweimal gesprochen werden. Sehr zahlreich besuchte auch der „Frohe Abend“, in dem die Künstlerin vor Erwachsenen Heiteres über Liebe und Ehestand von Lessing bis zu Wilhelm Busch sprach. Marie Schipmann verstand es, Kleine wie Große zu fesseln, verfügte sie doch neben klarem pointierten Ausdruck über ausgezeichnetes rezitatorisches Können. Die Vorträge wurden unrahmt von gelanglich wie inhaltlich sehr schön wiedergegebenen, wohl vorbereiteten Einzel- und Zwiesgesprächen von Sadin bis Pradam, die von Frä. Gretel Mattusch und Herrn Richard Selker, von Herrn Schönebau in wirkungsvoll begleitet, geboten und vom Publikum ebenfalls mit reichem Beifall bedacht wurden.

— Vortrag. Auf den morgigen Vortrag über Michaels Wellisch, Grudeherd in der Elbterrasse — Beginn nach 8 Uhr — sei hiermit nochmals hingewiesen. — Kuberspende. Im Café Bromenabe wurden gestern anlässlich des Rheinischen Niederabends 45200 Mark für die Kuberspende gesammelt. — Rhein- und Kubraden (Werbeabend). Sonntag, den 18. März, veranstaltet der Verein „Rheinisch-Deutscher Landsleute“ Riesa in der „Elbterrasse“ einen großen Rhein- und Kubraden (Werbeabend), wofür Herr Verwaltungsdirektor Vogel-Berlin einen Vortrag über Rhein, Kubr und Saar hält. Da der Vortragende die Verhältnisse in den besetzten Gebieten genau kennt, dürften seine Ausführungen größtes Interesse erwecken. Der Vortragsabend des Abends ist zum Besten unserer Brüder und Schwestern am Rhein, an der Kubr und der Saar bestimmt. (Näheres im Anzeigenteil.)

— Tagung des sächsischen Handwerks. Der Landesauschuss des sächsischen Handwerks hielt am Mittwoch im Italienschen Dörschen in Dresden seine ordentliche Mitgliederversammlung ab. Nach Erledigung einer Reihe geschäftlicher Punkte und Wiederwahl des Landtagsabgeordneten Obermeisters Rungisch zum Vorsitzenden des Landesauschusses sprach Syndikus Weber über die Anpassung der Preiswirtschaft im Handwerk und des Bedingungsweßens an die veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse.

— Veränderung der Volkgebühren. Der Reichspostminister hat dem Reichsrat den Entwurf einer Verordnung zur Veränderung der gesetzlichen Volkgebühren aufgeben lassen. In der Begründung heißt es u. a.: Die Volkverwaltung hat sich trotz der Erkenntnis, daß die Volk-

Heutiger Dollarkurs (amtlich): 20847 Mark.

Telegraphen- und Fernspreckgebühren noch weit hinter der Geldwertwertung zurückstehen, entschlossen, den 1. April ohne Erhöhung vorübergehend zu lassen und die weitere Entwicklung der Lage abzuwarten. Demgemäß ist beabsichtigt, den 1. April nur zur Einführung eines Dreihundertmarktarifs für Pakete zu benutzen und damit die gewünschte Schaffung einer Vorstufe für Warenproben zu verbinden. Der neue Pakettarif soll das vor kurzem eingeführte Pakettariff und die Paketausgabegebühr mit umfassen. Diese Gebühren sollen also als selbständige Gebühren wieder in Wegfall kommen.

— Die Kommunisten zur Regierungsbildung. Die Kommunisten werden laut Dresdener Volkszeitung am Montag in einer Sitzung ihrer erweiterten Parteinstunden zur Frage der Regierungsbildung in Sachsen Stellung nehmen. Am Montag oder Dienstag sollen die Verhandlungen mit dem Sebnenerausschuß abgeschlossen werden, sodas am Mittwoch die Ministerpräsidentenwahl im Landtage stattfinden kann. Die Meldungen, daß die Verhandlungen mit den Kommunisten gescheitert seien, sind dem sozialdemokratischen Blatte zufolge mitbin infundiert.

— Aus den Landtagsauschüssen. Der Haushaltsausschuß A nahm die Regierungsvorlage über Kreditbeschaffung für Schulbauten einstimmig an. Es handelt sich um die Möglichkeit für die Regierung, Staatsmittel bis zur Höhe von 50 Millionen Mark in Anspruch zu nehmen, um Schulbauten für Schulbauten zu beschaffen, wobei die Lücke grundsätzlich durch Uebernahme der Bürgschaft und nur ausnahmsweise durch unmittelbare Darlehensaufnahme zu gewähren ist. Alle Parteien verzichteten die Auffassung, daß die Regierung weitgehende Pläne dem Landtag baldmöglichst unterbreiten müsse. — Bei Kapitel 58, Abt. A, Wohlfahrtspflege, im Nachtragsetat wurde beschlossen, 50 Millionen Mark zur Verbilligung von Milch für Kinder bis zu 2 Jahren in den Nachtragsetat einzustellen, deren sofortige Verwendung ermöglicht werden soll. Zu dem gleichen Zwecke hat das Reich 3 Milliarden bereitgestellt, wovon 271 Millionen auf Sachsen entfallen. Bei Kapitel Wohlfahrtspflege wurde durch die Deutsche Volkspartei beantragt, in den weiteren Nachtragsetat laufende Mittel zur Unterstützung der durch das sächsische Wohlfahrtsgesetz anerkannten sozialen Frauen- und Schulen einzustellen. Es sind dies das Sozialpädagogische Frauen Seminar in Leipzig, die Soziale Frauenschule von Frau Dr. Schürich in Dresden und die Soziale Frauenschule des Bundesverbandes für christlichen Frauendienst in Dresden. Die letztgenannte christliche Frauenschule wurde von den Linksparteien heftig bekämpft. Sie meinen, eine finanzielle Unterstützung einer auf christlicher Grundlage er-

richteten Schule zur Heranbildung sozialer Berufsarbeiterrinnen in der Zeit nach Aufhebung der Staatskirche sei eine Unmöglichkeit. Mit den Stimmen der beiden Linksparteien wurde die Unterstützung der christlichen Frauenschule abgelehnt, während die Unterstützung der anderen beiden Schulen einstimmig beschlossen wurde. — In Bezug auf die Professoren- und Beamtenwohnhauseinrichtung, das Veterinär-medizinische Institut und die Frauenklinik bei der Universität Leipzig beschloß der Ausschuß, die Regierung zur Durchführung der genannten Neubauten zu ermächtigen. Das Bauprojekt der Frauenklinik soll zunächst auf den Gebäudewinkel A beschränkt werden.

— Industrie und Lohnerhöhungen. Aus industriellen Kreisen wird geschrieben: Nachdem die Gewerkschaften in den letzten Tagen mit der Reichsregierung über Preisabbau und Lohnerhöhungen Verhandlungen gepflogen haben, werden sich demnächst auch Handel und Industrie mit diesen Fragen beschäftigen. Ein Preisabbau soll nach den Ansichten der führenden Kreise vorgenommen werden, doch bedingt eine solche Maßnahme vorbereitende Schritte. Was die Frage der Lohnerhöhungen anbelangt, so kann auch die Industrie nicht die Auffassung der Regierung, jede Lohnerhöhung abzulehnen, teilen, solange Kohlen, Licht, Gas und Arbeitsstellen, Brotpreise noch steigen und für die Arbeitnehmer Erleichterungen der Lebenshaltung nicht sichtbar zutage treten. Man wird also der Arbeitnehmern auch für März noch Lohnausgleichsmaßnahmen machen müssen, soweit das Lohnniveau den gegenwärtigen Preisen nicht entspricht. Erst ganz allmählich kann bei gutem wirtschaflichen Verhältnis ein Abbau der Löhne und Löhre erfolgen und dies auch erst, wenn ein Stillstand der Preisbewegung auf allen Gebieten, auch bei Eisenbahn und Post, festzustellen ist. Das Reich hat die Pflicht, hier mit im Beispiel voranzugehen, es muß Führerin der neuen Bewegung werden.

— Aus der Tätigkeit der Handelskammer. Dem Rat zu Dresden wurde empfohlen, die geplante Schließung des sächsischen Mineralwassers zunächst aufzuschieben, da mehrere Firmen an dieser Lagerungsmaßnahme Interesse haben. — Der Handelskammer Chemnitz wurden Wünsche für das Internationale Ueberseehandelsvertragswesen über den Eisenbahnschwerverkehr unterbreitet. Hierbei wurden vor allem verkehrsfreundliche Bestimmungen in Bezug auf den Kohlenverkehrsbeschränkung gefordert. — Die Reichsbahnverwaltung Dresden wurde ersucht, einen Anschluß nach Sebnitz an den Mittagspersonenzug Berlin-Dresden zu schaffen. In einer gemeinsamen Eingabe der sächsischen Handelskammern an das Reichsjustizministerium wurde gebeten, schleunigst bei Bescheiden und bei Geschäften unter Kaufleuten den gesetzlichen Bindung auf 2 Prozent über dem jeweiligen Reichsbankdiskont festzusetzen. — Dem Deutschen Industrie- und Handelsrat wurde berichtet, daß die Kammer nicht be-

Schulgeld Oberrealschule betr.

Das Schulgeld beträgt vom 1. Januar 1923 ab für Kinder hiesiger Einwohner 4800.— M., für Kinder auswärtswohnender Erziehungspflichtiger 9800.— M. und für Kinder von Reichsausländern 24000.— M. jährlich. Vom gleichen Zeitpunkt ab betragen die Aufnahmegebühren 400.— M., die Abgangsgebühren, wenn der Schüler die Anstalt mit dem Reifezeugnis verläßt, ebenfalls 400.— M. und wenn er sie ohne Reifezeugnis verläßt, 240.— M. Reichsausländer haben entsprechend 2000.— M. und 1200.— M. zu entrichten.

Der Rat der Stadt Riesa, am 14. März 1923.

Milchkarten betr.

Die Ausgabe der Vollmilchkarten auf die Zeit vom 1. April bis mit 30. Juni 1923 findet für Kinder vom 1.—12. Lebensjahre, für schwangere Frauen und für Personen vom vollendeten 65. Lebensjahre ab, im Rathaus, Lebensmittelamt — Zimmer Nr. 15 — wie folgt statt.

- Diejenigen, die ihre Brotmarken früher im Hotel „Stern“ holten, am 19. 3. 1923, vorm. 8—12 Uhr,
- diejenigen, die ihre Brotmarken in der Polizeiwache holen, am 19. 3. 1923, nachm. 2—5 Uhr,
- diejenigen, die ihre Brotmarken früher im Hotel „Kronprinz“ holten, am 20. 3. 1923, vorm. 8—12 Uhr,
- diejenigen, die ihre Brotmarken in der Knabenschule holen, am 20. 3. 1923, nachm. 2—5 Uhr,
- diejenigen, die ihre Brotmarken früher im „Café Wolf“ holten, am 21. 3. 1923, vorm. 8—12 Uhr,
- diejenigen, die ihre Brotmarken früher in der „Berberge“ und „Gute Quelle“ holten, am 21. 3. 1923, nachm. 2—5 Uhr,
- diejenigen, die ihre Brotmarken früher in der „Dampfabkühle“ holten, am 22. 3. 1923, vorm. 8—12 Uhr,
- diejenigen, die ihre Brotmarken früher im Hotel „Stadt Dresden“ holten, am 22. 3. 1923, nachm. 2—5 Uhr,
- diejenigen, die ihre Brotmarken jetzt in der Ortskrankenkasse holen, am 23. 3. 1923, nachm. 2—5 Uhr.

Sur Ausstellung der Karten zum Besuche der Vollmilch sind Ausweispapiere (Geburtsurkunde oder Familienkammerbuch), Brotausweis und der letzte Milchkaufnachweis mitzubringen. Ohne Vorlegung dieser Papiere erfolgt keinesfalls Ausgabe von Milchkarten. Bei verspäteter Vorlegung der Karten ist eine Gebühr von 5 Mark für besondere Abfertigung zu entrichten.

Der Rat der Stadt Riesa, am 15. März 1923.

Butterverkauf in Gröba.

Zum Zwecke der Preis-Kontrolle wird hiermit bestimmt, daß die Butter, die zum Zwecke des Wiederverkaufs von außerhalb Sachsens nach Gröba eingeführt wird, sofort mit der Rechnung in der Polizeiwache vorzulegen ist. Dort wird, wenn der äußerliche Ursprung der Butter nachgewiesen ist, jedes einzelne Stück Butter mit einem freiziehenden Stempel, der den Buchstaben „G“ enthält, abgekempft. Nur die mit diesem Stempel versehenen Butter darf über den für sächsische Butter festgesetzten Höchstpreis verkauft werden. Den Verbrauchern wird anheim gegeben, beim Einkauf von Butter genau hierauf zu achten.

Gewerhandlungen werden als Ueberschreitung der Höchstpreise verfolgt.
Gröba (Elbe), am 15. März 1923.
Der Gemeindevorstand.

worten könne, das Krankengeld auf das Gehalt des Handlungsgehilfen ausrechenbar zu machen. — Der Handelskammer Plauen als Vorort der sächsischen Handelskammern wurde mitgeteilt, daß gegen die beabsichtigte Erhöhung der Ortsabgabe auf das Lechbade der Sächse vom Oktober 1922 keine Bedenken beständen.

— Fahrkartenerhöhung für die Rückfahrt. Vielen Reisenden ist annehmend eine bei der Eisenbahnverwaltung schon seit Jahren bestehende Einrichtung nicht bekannt. Es handelt sich um die Möglichkeit, daß Reisende, die innerhalb 4 Tagen die Rückreise ausführen wollen, gleichzeitig mit der Fahrkarte zur Einfahrt eine solche zur Rückfahrt lösen können. Die Karte zur Rückfahrt wird durch den Stempelaustrich „Rückf.“ als gültig zur Fahrt in umgekehrter Richtung gekennzeichnet. Soweit Doppelkarten aufgelegt, werden diese halt zweier einfacher Fahrkarten für Hin- und Rückfahrt ausgedeutet. Das Lösen der Rückfahrkarte ist für die Reisenden deshalb vorteilhaft, weil es das zweimalige Bezahlen an den Fahrkartenschaltern erspart.

— Für solche, die zur Polizei wollen. Die Bedingungen für die Einstellung der Postsekretärinnen in der Postfachschule sind in letzter Zeit zum Teil abgeändert worden. So können jetzt Bewerber vom vollendeten 10. bis 24. (bisher 22.) Lebensjahre und auch solche mit 1,60 Meter Körpergröße — soweit sie körperlich besonders kräftig genannt sind — (bisherige Mindestgröße 1,58 Meter) angenommen werden. Neben Bewerberinnen mit der sächsischen Staatsangehörigkeit werden jetzt auch Bewerberinnen mit der Staatsangehörigkeit eines der übrigen deutschen Länder oder mit Reichsangehörigkeit einbezogen. Weitere Voraussetzungen für die Einstellung sind, daß der Bewerber ledig und unbescholten ist. — Diereibungen (Gesuch, Lebenslauf, Zeugnisse etc.) können jederzeit erfolgen und sind an die Meldestelle der Landespolizeischule in Weichen-Jahnsdorf, Nordbayer Straße, wo auch die erste Ausbildung erfolgt, zu richten. Bares Geld oder Briefmarken sind nicht beizulegen. Die Bewerberinnen werden zur Untersuchung und einfachen Prüfung von den dem Wohnorte des Bewerbers am nächsten liegenden Weidstellern in Dresden, Leipzig, Chemnitz, Bismarck, Plauen, Jöhann und Weichen bestellt. Dort können auch jederzeit Anträge eingereicht werden.

Dresden. In letzter Zeit ist in Dresden wiederholt ein Betrüger aufgetreten, der sich in Banken an Leute, die fremdes Geld einwechseln wollten, heranmachte, sich als Bankbeamter ausgab und sie unter der Angabe, eine andere Bank zahle einen höheren Kurs, fortlockte. Er ging mit ihnen in eine andere Bank, ließ sich das Geld geben und verschwand durch einen zweiten Ausgang.

Dresden. Der Vorstand des Landtages beauftragte die staatlichen landwirtschaftlichen Betriebe der Güter Falkenberg mit Vorkerkung Viehbestand und Mähmaschinen, ferner Ackerbau, Stall, Raumdürchen und Dalmat. Unter dem vielen Interessanten, was gezeigt wurde, fand vor allem die vorläufige Verfassung und gute Unterbringung des wertvollen Viehbestandes Beachtung und allseitige Anerkennung.

Dresden. Wie verlautet, haben Dresdner Erwerbslose in den letzten Tagen bemerkt, die zur Abreise nach der Ruhr und zur Arbeit für die Franzosen geworden haben. Wie aus Erwerbslosenkreisen amtlichen Stellen gegenüber angegeben worden ist, sollen diese Werbungen auch schon in einzelnen Fällen von Erfolg gewesen sein. Es ist bis jetzt noch nicht gelungen, dieser Werber habhaft zu werden, jedoch sind alle Maßnahmen getroffen, um etwa noch gemordete Erwerbslose von der Abreise in das Ruhrgebiet abzuhalten. In einer Erwerbslosenversammlung am Sonnabend in Dresden ist die Möglichkeit erörtert worden, ins Ruhrgebiet zu gehen. Der Erwerbslosenrat, der selbst keine solche Aufforderung erlassen hatte, ist von amtlicher Seite darüber unterrichtet worden, daß eine Aufforderung

zur Arbeitsleistung für die Franzosen als Hochverrat behandelt werden wird, und daß diejenigen, die zur Arbeitsleistung ins Ruhrgebiet abgereist sind, bei ihrer Rückkehr nach Deutschland verhaftet und wegen Landesverrats bestraft werden.

Birna. Die hies. Stadtverordneten wählten an Stelle des zum Amtshauptmann von Freyberg ernannten bis h. (g. u. l. Vorstehers) Schirmer den Lehrer Walter Dorold (W.D.) einstimmig zum Vorsteher des Kollegiums.

Berglehnhäbel. Auf der Straße Jehisa-Berglehnhäbel wurde der Händler A. aus Großcotta auf dem Wege nach Berglehnhäbel zwischen der roten Scheide und dem Babenberg von zwei Raubfahrern überfallen und beraubt. Der eine Räuber versetzte dem Überfallenen mit einem Gummischlag einen Schlag über die Schläfe, so daß er zusammenbrach. Beide Räuber packten dann ihr Opfer, und während einer von ihnen dem A. Straßenschwamm in den Mund stopfte, entlich ihm der andere die Brieftasche mit 300 000 Mark Inhalt und einem Faltbuch der Dresdner Bank, Filiale Birna. Außerdem befand sich in der Brieftasche ein Führungsbuch der Gemeinde Vogelsberg i. Thür. auf den Namen Langloh.

Rönigstein. Schuldirektor Ott, gegen den das Kultusministerium ein Verfahren auf Dienstentlassung eingeleitet hatte, wurde durch Urteil der Disziplinarkammer eines Dienstes entlassen, was die Amtsenthebung zur Folge hat. Ott soll sein Amt dadurch mißbraucht haben, daß er in antirepublikanischer Sinne und durch die Regierung herabsetzende Äußerungen auf Lehrer und Schullinder einzuwirken suchte.

Sittau. Ein Deutscher in Böhmen, der vor 40 Jahren die vormalige Königl. Baugewerkschule jetzt Staatsbauschule, besuchte. Mittels dieser 3000 000 Mark zur Unterstützung hilfsbedürftiger Schüler. Die Schule besteht aus 18. März die Feier eines 75jährigen Jubiläums, die mit ihr verbundene Tafelschule die ihres 25jährigen Bestehens. Bei der Feier wird ein Ehrenmal für die im Felde gefallenen ehemaligen Schüler gesetzt.

Mittweida. Ein gefährlicher Goldwäscher ist hier in der Person des jugendlichen Arbeiter Ede befestigt worden. Er hatte in einem Uhrwärgeschäft am Markt für über eine Million Mark Uhren aus dem Laden gestohlen und in Chemnitz verkauft. Jetzt erwiderte er abermals aus dem Laden eines Juwelieregeschäfts in der Rochlitzer Straße für mehrere hunderttausend Mark Uhren, die er an Arbeitskollegen verkaufte. Als einer derselben bei dem gestohlenen Juwelier die Ringe auf ihren Wert abschätzen lassen wollte, kamen die Diebstahle ans Tageslicht.

Chemnitz. Der Rat beschloß, eine auch für Unterbringung von Urnen bestimmte neue Leichenhalle zu bauen und bewilligte dafür 200 Millionen Mark.

Falkenstein. Auf der Linie Falkenstein-Bismarck hat sich vor kurzem ein Eisenbahnüberfall ereignet. Dem Falkenstein-Kriminalposten ist es nunmehr gelungen, drei verwegene Eisenbahnräuber dingfest zu machen. Diese sind am 1. März abends auf einem in voller Fahrt befindlichen Güterzug auf der Linie Selsig-Bismarck, und zwar zwischen Bengelsfeld und Ackergrün, gefangen, haben die Bomben eines Güterwagens erbrochen und mehrere Wollen mit Webwaren im Werte von 4 1/2 Millionen Mark aus dem Wagon geworfen. Die Raubfäden sind dann wieder abgegrungen und anschließend mit heißer Haut davongelommen. Die haben später die Waren mit Gefahr abgeholt und in Falkenstein verkauft. Das Diebstahl ist zum größten Teil wieder herbeigekauft worden. In Frage kommen zwei Arbeiter aus Auerbach im Vogtland und einer aus Hinterhain. Den übrigen Nachforschungen des genannten Kriminalpostens ist es gelungen, die Räuber in unserer Stadt zu ergreifen und in das Amtsgericht einzuliefern.

Reusdäde I. Der seit 1905 hier amtierende Pfarrer Märker wurde während einer von ihm geleiteten Kirchengemeindeversammlung vom Gehirnschlag getroffen, an dem er nach wenigen Minuten verstarb. Märker war früher Pfarrer in Rastow bei Freital.

Had Lausitz. Durch rote Buben wurde hier nachts ein der kostbaren Lausitzer Eisenherdgeschmiedensier der hiesigen Rade zertrümmert. Das Kunstwerk von Professor Schumann-Dresden ist zur Zeit wegen der hohen Kosten nicht wieder zu beschaffen.

Reichenbach. In einer Ausschüttung des Gastwirtsverbandes Reichenbach-Plauen-Weichselau und Umg. G. B. wurde eine Bierpreiserhöhung einstimmig abgelehnt. — Mitglieder-Epikuren haben nachts die Leichenhalle des Hauptfriedhofs erschlagen und von den dortigen Disabellern die Plattscheiben heruntergeholt.

Leipzig. Die Erfurter Kriminalpolizei ist umfangreichen Diebstählen in Schuhwaren auf die Spur gekommen. Die Diebe, Angestellte von Erfurter Schuhfabriken, haben seit etwa einem Jahre für über 40 Millionen Mark Leder entwendet. Das gestohlene Gut fand willige Abnehmer bei verschiedenen Händlern, die die Ware nach auswärts, so auch nach Leipzig verschoben haben.

Leipzig. Ende April vorigen Jahres wurden in einer Nebenkommission der sächsischen Schulbankrott in der Kommissionskanzlei ein Waffen- und Munitionslager beschlagnahmt. Es wurden damals ein schweres und ein leichtes Maschinengewehr, viele Infanteriegewehre und zahlreicher Munition und Danberraten gefunden. Wehrern hatten sich vor der zweiten Strafkammer beim Landgericht Leipzig der Kaufmann Wilhelm Grager, der frühere Direktor der sächsischen Schulbankrott Verwaltung Hammermann, der ord. med. Erich Trübner und der Handlungsgehilfe Fritz Köhne zu verantworten. Es stellte sich heraus, daß das Waffenlager aus den Beständen des ehemaligen Reichswehrinfanteriebataillons stammte. Nach achtstündiger Verhandlung wurde das Urteil gefällt. Grager wurde wegen unbefugten Waffenselbes zu fünf Monaten Gefängnis und 100 000 M. Geldstrafe verurteilt. Bei den übrigen Angeklagten lautet das Urteil auf je 100 000 M. Geldstrafe, bei Trübner außerdem wegen Begünstigung auf einen Monat Gefängnis.

Leipzig. Der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik verhandelte gestern die Beschwerden der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei gegen die von verschiedenen Landeszentralbehörden (Weichen, Mecklenburg-Schwerin, Baden, Sachsen, Thüringen, Hamburg, Bremen) erlassenen Versammlungsverbote und Auflagenverfügungen. Die Beschwerden wurden vom Staatsgerichtshof teils weil sie verspätet eingereicht waren, als unzulässig und im übrigen als unbegründet verworfen. Das Gericht hat es als erwiesen betrachtet, daß die Partei Bestrebungen verfolgte, die geeignet sind, die Republik zu beschimpfen und herabzusetzen. Aus dem ganzen Verhalten Hilters geht hervor, daß es ihm darauf ankam, die Republik zu beschimpfen. Die Parteimitglieder wählten sich mit ihm ein. — Der zweite Strafsenat des Reichsgerichts beschäftigte sich als Revisionsinstanz mit dem Garbenbröckel. Sowohl die Staatsanwaltschaft als auch der Nebenkläger Maximilian Garben hatten gegen das Urteil des Schwurgerichts beim Landgericht III Berlin vom 14. Dezember 1922 Revision eingelegt. Besondere waren damals die Angeklagten Grena und Reichardt wegen Verstoßes zur gefährlichen Körperverletzung zu 4 Jahren 8 Monaten bzw. 2 Jahren 8 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Die Revision wurde kostenpflichtig verworfen.

Vermischtes.

Explosion in einem Produkteller. Mittwoch nachmittag gegen 5 1/2 Uhr erfolgte in dem Keller des Produktellerhandlers Edmund Friedrich im Hause Berliner Straße 6 in Tempelhof aus noch unbekannter Ursache eine heftige Explosion. Angeblich waren dem Händler von einer Frau Landgebanen verkauft worden. Durch die Explosion wurde Friedrich sowie eine Frau Ida Köhner schwer verletzt. Beide haben Verletzungen an den Augen sowie an Armen und Beinen erlitten und mußten nach der Charité transportiert werden.

Erdbeben. Auf der Hauptstation für Erdbenenforschung in Hamburg wurde gestern früh ein sehr heftiges Erdbeben auf 1800 Kilometer Entfernung registriert.

Erdbeben in Italien. Eine starke Erdbenerschütterung, die wahrscheinlich Italien betrifft, wurde am Donnerstag von der Erdbenenwarte auf dem Meinen Feldberg im Taunus festgestellt. Die Entfernung beträgt etwa 1200 Kilometer.

Uberschwemmungen in Banat. Im Banat und in Südbanien haben in den letzten Tagen große Überschwemmungen stattgefunden, da infolge des anhaltenden Regens sämtliche Flüsse über die Ufer getreten sind. Der dabei entstandene Schaden ist sehr groß. Der Verkehr ist an mehreren Stellen unterbrochen.

Der Todeskurs der „Menschlichen Fliege“. Die aus Newhork gemeldet wird, ist dort der unter der Bezeichnung „Die menschliche Fliege“ bekannt gewordene Aristi Howard Young bei einem Kletterversuch für eine kinematographische Aufnahme von der Außenwand eines Hotels aus der Höhe des 8. Stockwerkes abgestürzt und tot liegen geblieben. Seine Spezialität, die ihm den Namen „Menschliche Fliege“ brachte, bestand darin, daß er einer Fliege gleich, an den Fallenden der Wolkenkratzer emporklettern konnte, jeden Gefährdungsumfang zum Auflegen der Hände, zum Anklamern der Hände auszunutzen.

In Newhork wurde er sofort sehr populär, als er eines Mittags auf dem Broadway an der Außenwand eines Hotels emporkletterte und bis zur Höhe des obersten Stockwerkes gelangte. Tausende von Menschen sammelten sich in der Straße an und verfolgten das aufregende Schauspiel. Auf der Höhe des obersten Stockwerkes angelangt, ließ sich Young, sich nur mit einer Hand an einem Gefährdungsumfang festhaltend, mit der anderen dem in der Straße angesammelten Publikum zuwenden, photographieren. Nach dieser ersten Klettertour hatte er sofort zahlreiche Engagementsanträge von Varietébühnen und Kinounternehmungen erhalten. Mit einer dieser Kinounternehmungen hat er jetzt den Tod erlitten.

Beim Krafffahren Geld sparen!

Größte Haltbarkeit, Elastizität u. Betriebsstoff-Ersparnis machen

Continental

Cord

zum wirklich billigen Reifen

Die Spinne.

Roman von Sven Eivestad.
Verechligte Uebersetzung aus dem Norwegischen von Julia Koppel.
Amerikan Copyright 1922 by St. Vur. M. Linde, Dresden 21.
35. Fortsetzung.

„Aha?“ fragte Valentine. „Woher soll ich das wissen? Ich kenne keine Dame dieses Namens.“

„Sie haben sich bereits verraten“, sagte Krag. „Sie verwenden nur Zeit mit solchen Ausflüchten.“

„Wollen Sie sich nicht näher erklären?“ fragte Valentine, indem sie überlegen und ironisch lächelte.

„Ja, mit Vergnügen. Ich habe als Polizeibeamter, schon lange bevor Konrad Falkenberg mich auffuchte, Sie und Ihre Tätigkeit mit Interesse studiert. Es wurde mir bald klar, daß eine Verbrecherin hinter der schönen Valentine steckt, die es so schnell verstanden hatte, sich die ganze Stadt zu Füßen zu legen. Ihre Wahn, gnädige Frau, ist während der letzten fünf Jahre von einer Reihe mystischer Todesfälle, meistens Selbstmorde, begleitet gewesen. Ich habe von der Polizei in Ostende und Monte Carlo Mitteilungen bekommen, die nicht mißzuverstehen sind. Sie leben an der Spitze einer Bande, die seit einiger Zeit plündernd durch Europa gezogen ist. Ich bewundere Ihre Klugheit, gnädige Frau. Bereits mehrmals haben einzelne Ihrer Helfershelfer ins Gras beißen müssen, sind in die Hände der Polizei gefallen oder gehorcht. Nur Sie sind bisher stets den eifrigsten Nachstellungen entgangen. Brauche ich alles zu wiederholen, was Sie hier in der Stadt ins Werk gesetzt haben? Sie haben Falkenbergs Geldschrank geplündert, weil Sie den Namen seiner heimlichen Frau wußten und errieteten, daß er dieses Wort zu dem Buchstabenkloß benutzt hatte. Sie haben seinen Bruder ausgebeutet und unglücklich gemacht, daß er sich schließlich selbst das Leben genommen hat. Ja, lächeln Sie nicht so überlegen, gnädige Frau, er war ein netter Kerl, aber ich gebe zu, daß er ein schwacher Mensch war. Später haben Sie den Versuch gemacht, einen vernichtenden Schlag gegen Einar Falkenberg zu richten, indem Sie eine Ihrer Kreaturen dazu gebracht haben, ihn zum Fallschirm zu stempeln. Das mißglückte, wie Sie wohl begriffen haben, weil ich die Intrige durchschaute und ihn im letzten Augenblick die Spitze abbrach. Das ist die Geschichte der Spinne, von dem Einzelnen, von dem Einzelnen.“

zeug zu richten, werden Sie begreiflich finden. Schließlich haben Sie versucht sich zu rächen und gleichzeitig Ihre wankende Stellung zu sichern, indem Sie sich eine Geißel in dem unglücklichen jungen Mädchen Ida verschafften. Ich begreife, gnädige Frau, daß Sie große Pläne hier in Ostendia vorhaben, wo es viele junge Männer mit Vermögen gibt und wo man verhältnismäßig leicht plündern kann, weil wir nicht an so grobartige Verbrechen gewöhnt sind. Darum ist es verständlich, daß Sie durch den Raub des jungen Mädchens sich gegen Angriffe wehren. Ich habe Ihren Brief an Falkenberg gelesen, ich bewundere Ihren Scharfsinn und Ihre Kühnheit; Sie müssen aber zugeben, daß Sie das Spiel trotzdem verloren haben. Sie spielten hoch, aber Sie haben verloren. Vor allen Dingen, gnädige Frau, lächeln Sie nicht so uninteressiert und gleichgültig aus. Ich wiederhole, daß Ihr Leben in Gefahr ist.“

Valentine überlegte einen Augenblick, bevor sie antwortete. Dann sagte sie:

„Die Beweise?“

„Ich habe die Garantie“, fuhr Krag unerschütterlich fort, „daß ich Sie hier unter meinem Revolverlauf halte, bis meine Leute das unglückliche junge Mädchen gefunden haben. Hier unten steht ein Mann, der auf ein Seilchen von mir wartet. Ich werde ihm die nötigen Befehle hinunterwerfen. Wenn Ida gefunden ist, wird er zurückkommen und mir Bescheid bringen.“

„Und was dann?“

„Dann mache ich Ihnen eine bößliche Verbeugung und gehe mich zurück. Morgen mittags oder werde ich Sie zum Bahnhof begleiten und Junge sein, daß Sie sich ins Ausland begeben. Ich verspreche Ihnen einen Blumenkranz zum Abschied.“

„Wenn ich mich aber weigere, die Stadt zu verlassen?“

„Um so schlimmer für Sie. Dann gibt es einen neuen Kampf, und bei diesem Kampf werde ich siegen.“

„Sind Sie dessen so sicher?“

„Todsicher.“

Valentine überlegte.

Da hier keine Zeugen sind, will ich eindringen, daß ich das hohe Spiel spiele, das Sie mir zutrauen.“

„Ihr Eingehändnis ist ganz überflüssig“, antwortete Krag.

„Ich möchte sehr gern auf Ihre Forderung eingehen“, fuhr Valentine, von der Bemerkung des Detektivs ganz unberührt, „aber ich kann leider nicht.“

„Oder richtiger gesagt: Sie wollen nicht“, antwortete Krag und griff nach seiner Waffe.

„Doch ich will, aber ich kann nicht.“

„Krag, was den Revolver bedeutungslos in der Hand. Warum nicht?“ fragte er.

„Weil ich nicht weiß, wo Ida gefangen gehalten wird.“

„Sie lügen.“

„Rein, beim lebendigen Gott, ich lüge nicht.“

Krag legte seine Uhr vor sich auf den Tisch.

„Er hob den Revolver.“

„Ich befrage Sie aufrichtig“, sagte er, „in diesem Fall sind Sie sehr übel daran.“

„Was meinen Sie damit?“

„Denn ich will mich trotzdem genötigt, Sie zu töten“, bemerkte Krag.

Valentine blidte mutig in den Revolverlauf.

„Ich gebe Ihnen noch drei Minuten“, fuhr Krag fort, ruhig wie gewöhnlich.

„Nächste lauschte Valentine und ein Schimmer von Freude ging über ihr Gesicht.“

„Drei Minuten“, murmelte sie, „das ist nicht viel. Also gut. Ich bin bereit zu bekennen.“

„Ist?“

„Ich weiß, wo Ida ist.“

„Und Sie wollen es mir mitteilen?“

„Rein.“

Krag antwortete nicht. Er wartete einen Blick auf die Uhr, die vor ihm auf dem Tisch lag und nichte.

„Zwei Minuten“, sagte er.

Valentine sah den Detektiv an und begann zu stottern.

„Großer Gott“, flücherte sie.

„Was ist?“

„Haben Sie jemals dem Tod gegenübergestanden, Herr Detektiv?“

„Nein.“

„Und Sie haben keine Erregung dabei gespürt, haben Sie sich nicht gefürchtet? Sind Sie nicht bleich geworden?“

„Niemals. Ich verlaufe mich auf meine Kaltblütigkeit.“

„Doch begreife ich, daß Sie es ernst meinen“, flücherte Valentine, „denn jetzt sind Sie leichenblau.“

(Fortsetzung folgt.)

Die fallende Studentin. Kräfte Erschöpfung macht ein solches Aussehen, das einer erschöpften Studentin aus Berlin Gutes antun wollte. Der Gutsherr lernte auf der Heimfahrt von Berlin im Zuge ein junges Mädchen kennen, das sich ihm als cand. med. Kelly vorstellen konnte. Die Studentin erzählte, ihre Eltern seien in Holland und sie selbst studiere in der Charité Medizin. Jetzt habe sie Urlaub, den sie auf dem Lande zubringen möchte. Die treuherzige junge Dame, der es nicht allzu glänzend zu gehen schien, gefiel dem Besizer, so daß er sie einlud, doch den Urlaub in seiner Familie zu verbringen. Er nahm sie dann auch gleich mit, und man schien an dem Gast eine angenehme Gesellschafterin gefunden zu haben. Kelly aber kundschaltete bald alle Verhältnisse der Familie gründlich aus, insbesondere familiäre Verbindungen, die sie in der Stadt unterhielt. Als sie soweit war, machte sie einen Ausflug nach der Stadt, kaufte auf Rechnung des Gutsherrn ein, holte bei der Schneiderin Stoff für ein Kostüm, das die Hausfrau dort tragen sollte, angeblich in deren Auftrag, hob endlich im Namen des Besizers von der Bank auch noch Geld ab und verschwand mit allem auf Rimmerwiedersehen. Der Gutsherr kam daraufhin nach Berlin, erkundigte sich in der Charité bezüglich nach der Kandidatin der Medizin. Mitteltwegen über diese Schwindlerin nimmt Kriminalkommissar Broder im Polizeipräsidium entgegen.

Diebstahl in der Königsberger Erbbeberstation. Die in einem Walde bei Groß-Raum liegende Königsberger Station für Erbbeberforschung ist von Einbrechern heimlich betreten worden, die die wertvollsten Bestandteile der beiden Seismographen, soweit sie aus Messing bestanden, gestohlen haben. Die Station wurde daraufhin geräumt, die Beobachtungsstation auf längere Zeit völlig unbrauchbar gemacht. Die, wenn auch nur teilweise Außerbetriebsetzung der Station, ist für die Erforschung der Untergrundverhältnisse im östlichen Deutschland und im Baltikum ein um so schwererer Schlag, als die in Königsberg und an anderen Stellen unter Verwendung der Groß-Raum-Registrierungen vorgenommenen Untersuchungen gezeigt haben, daß Groß-Raum durch seine Lage auf dem baltisch-russischen Schilde gegenüber allen anderen deutschen Stationen eine Sonderstellung einnimmt.

7. Außerordent. evangelisch-luth. Landesynode.

ESR. In ihrer getrigen 4. Sitzung verhandelte die Synode zunächst über einen Antrag des Finanzausschusses betr. die Aufnahme einer Kirchenanleihe. Es wird einstimmig beschlossen, daß das Kirchenregiment ermächtigt werden soll, eine Anleihe bis zu einer Million Mark in einem ihm geeignet erscheinenden Zeitpunkt auf den Kredit der Landeskirche aufzunehmen und sich dabei auf die ausdrückliche Genehmigung der Synode zu beziehen. Ein Antrag des Syn. Volkswirtschaftl. Ausschusses, dem Kirchenregiment zur Durchführung dieser Maßnahme ein Finanzbeirat zugefügt werden solle, wird dem Finanzausschuß überwiesen. Ferner beschließt die Synode einstimmig dahin zu wirken, daß die in § 52 des Währungsgesetzes zum Landessteuergesetz vorgesehene 75% Zulage zu den Mehrerforderungen der Beamten, Lehrer usw. auch für die Geistlichen der öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften gewährt werden, ferner soll zu diesem Zwecke eine Abordnung der Synode an den zuständigen Stellen persönlich vorkünftig werden.

Den wichtigsten Punkt der Tagesordnung bildete die Vorberatung über den Entwurf eines Kirchengesetzes über die Besoldung der Geistlichen und Pfründgehaltlichen und über die Verwaltung der Grundstücke der geistlichen Verbände. Der Entwurf sieht als wichtigste Bestimmung vor, daß künftig die Besoldung der ständigen Geistlichen mit einigen Ausnahmen aus der Pfarrbesoldungskasse gezahlt werde. Die Einkünfte sämtlicher geistlichen Stellen (Stelleneinkommen) sind an die Pfarrbesoldungskasse einzubringen. Das Eigentum der geistlichen Verbände an ihren Grundstücken, Kapitalien usw. bleibt unberührt, doch soll die Verwaltung dieses Vermögens an die Landeskirche übergehen. Die Art und Höhe der angemessenen Besoldung wird bis auf weiteres durch das Landeskonsistorium im Einverständnis mit dem ständigen Synodalausschuß im Verordnungswege geregelt. Der Bedarf der Pfarrbesoldungskasse wird, soweit ihre sonstigen Einnahmen nicht ausreichen, aus den Erträgen der Landeskirchensteuer nach Möglichkeit gedeckt. Die Verwaltung der kirchlichen Lebens-

grundstücke erfolgt durch landessträfliche Verwalter. Zunächst wird ein solches Amt für 5-7 Ämter errichtet. Die längere Aussprache ergab ein lebhaftes Für und Wider. Allgemein wurde betont, daß die Vorlage einen außerordentlich tiefen und folgenschweren Eingriff in die Selbstverwaltung der Kirchengemeinden bedeute. Für die Vorlage traten ein die Syn. Völkler, Amäth, Thoma, Scherberg, Jentsch, Gernik und Schmid-Borchardt, die beiden letzteren nicht ohne auch schwerwiegende Bedenken geltend zu machen. Es wurde hervorgehoben, daß das Gesetz, wenn es zur Durchführung käme, zwar einen gerechten Ausgleich in der Besoldungsfrage schaffe, der dringend nötig sei, daß es aber andererseits die in den Landgemeinden so wertvolle Stätte zur Scholle vermindere und einen nicht unbedenklichen Eingriff in den Willen der Stifter darstelle. Wegen die Vorlage nahmen Stellung die Syn. Jagd, Stähden und Sommer-Burkhardtswalde. Letzterer äußerte die Befürchtung, daß die Zentralisierung des kirchlichen Lebens eine Schwächung der Lebenskräfte herbeiführen, und die Selbsthilfebestrebungen der Gemeinden zum Stillstand bringen werde.

Gemäß einem Antrag Stange-Weigal wird hierauf die Vorlage zur weiteren Beratung einem 16gliedrigen Sonderausschuß überwiesen. Zum Vorsitzenden dieses Ausschusses wird Dr. Schroder-Dresden, zum Stellvert. Vorstehenden Dr. Gedrich-Dresden und zu Schriftführern W. Kummer und H. Stange gewählt.

Am Schluß der Verhandlungen teilte der Konf. Präsident Dr. Böhm mit, daß das Kirchenregiment beschlossen habe, eine Unterbrechung in den Verhandlungen der Synode einzutreten zu lassen und genehmigt habe, daß die Ausschüsse auch in der Zwischenzeit tagen. Die Bestimmung des Tages für den Wiederantritt der Synode behalte sich das Kirchenregiment je nach dem Gange der Ausführenden Verhandlungen vor.

Hierauf erklärte Dr. Böhm die Verhandlungen der Synode im Namen des Kirchenregimentes für vertagt.

Neueste Nachrichten und Telegramme

vom 16. März 1923.

Koblenz auf deutsche Schweben. X Bln. In Wien haben die Franzosen nach der russischen Zeitung eine Belohnung von 250000 Mark auf den Kopf jedes Schwebenbrüters ausgesetzt.

Grenzregelung im Ostschlesener Ländchen. X Bln. Die interalliierte Grenzkommission für die Grenzregelung zwischen dem an die Tschechoslowakei abgetretenen Ostschlesener Ländchen und Deutsch-Oberloositz hat Gemeinde und Gut Sandau der Tschechoslowakei zugeteilt, dagegen die kleine bisher unter tschechischer Verwaltung stehende Kolonie Ratowier Deutschland zurückgegeben.

Damit ist die Grenze zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei endgültig geregelt, allerdings in einer für Deutschland überaus ungünstigen Weise, indem zwei rein deutsche Dörfer, Hoatz und Sandau, die auf ihren Verbleib bei Deutschland den größten Wert gesetzt haben, wider ihren Willen aus dem Verbands des Deutschen Reiches losgerissen wurden. Wegen die Entscheidung der interalliierten Grenzkommission ist leider ein weiterer Schritt nicht möglich.

Kunst und Wissenschaft.

Beschel in der Leitung des Deutschen Opernhauses in Berlin. Im Deutschen Opernhaus, der zweitgrößten Opernbühne Berlins neben der Staatsoper, tritt ein Direktionswechsel ein. Einem Beschel des Kuffschtrats zufolge wird der bisherige Direktor, Intendant Georg Hartmann, der die Direktion 10 Jahre lang gehabt hat, von seinem Posten zurücktreten. An seiner Stelle wird Baron v. Holzhoff, der 10 Jahre Intendant in Coburg-Gotha war, Intendant und künstlerischer Leiter. Man erhofft von diesem Beschel in der Leitung des Deutschen Opernhauses eine finanzielle und künstlerische Hebung des Institutes, das in der letzten Zeit mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen hatte.

Der schwedische Forscher Graf Eric von Rosen ist von der württembergischen Landesgeographischen Gesellschaft zum Ehrenmitglied ernannt worden. Ein Preis für deutsche Gelehrte. Der langjährige frühere deutsche Generalkonsul in Bergen, Herr Conrad Wöber, hat eine Summe von 500000 Mk. zur Unterstützung von deutschen Gelehrten gemacht.

Spezial. Die Wohnanlage des Riesaer Sportvereins ist in den letzten Wochen rüstig gefördert worden und geht ihrer Vollendung entgegen, sobald sie am kommenden Sonntag vollkommen abrauchsfähig sein dürfte. Das Grundstück wurde mit einem handhaken Gelände umgeben. Das Gelände kaufte der Zuschauer ins Spiel und die damit verbundene Gefahr besonders für Kinder ist nunmehr endgültig beseitigt. Die neugeschaffenen Tore genügen den neuesten Anforderungen. Die ganze Anlage bietet einen schmucken Anblick. Da auch die übrigen von der Stadtverwaltung gut hergerichteten Sportplätze auf dem Schwarzen Platz noch weiter ausgebaut werden sind, dürften wir bald in dem ehemaligen Wionierübungsplatz eine ganz vorzügliche Stätte für Feldübungen in Riesa haben.

Wirtschaft.

Preisfall auf dem Viehmarkt. Wie von der Wochenabteilung des Viehmarktes in Berlin mitgeteilt wird, war auf dem Viehmarkt ein sehr hartes Angebot vorhanden, dem nur eine geringe Nachfrage gegenüberstand. Die Folge war ein Rückgang der Preise. Gegenüber der letzten Notierung hat sich verbilligt 1 Pfund Schweinefleisch um 7-800 M., Schaffleisch um 800 M., Kalbfleisch um 3-400 M., Rindfleisch um 2-300 M. Die Preise für Mastschweine betragen 2000-2200 M. für das Pfund, für Mager- und Mittelvieh 1680-1800 M. für das Pfund. Lämmer wurden mit 2000 M. gehandelt. Trotzdem blieb ein erheblicher Ueberstand an Vieh zurück.

Einkommensteuerpflicht von Jubiläumsgaben. Es wird dem „D. Z.“ geschrieben: Die Frage, ob freiwillige Zuwendungen an Angehörige aus Anlaß eines Dienstjubiläumes steuerpflichtige Arbeitsentlohnungen sind, ist von den Finanzämtern bisher überwiegend bejaht worden. Das Finanzgericht bei dem Landesfinanzamt Groß-Berlin hat jetzt in einem Falle entschieden, die Frage der Steuerpflicht sei eine Tatfrage, es sei zu prüfen, in welchem Sinne derartige Gaben gegeben und genommen wurden. Aus diesem Gesichtspunkte heraus erklärte das Finanzgericht die Jubiläumsgabe als Schenkung.

Marktberichte.

Dresdner Schlachtviehmarkt vom 15. März. Nutztier: 1. Rinder: 1 Ochse, 2 Bullen, 3 Kalben und Kühe; 2. 264 Fäher; 3. 22 Schafe; 4. 310 Schweine. Preise in Mark für Lebende- und (im Durchschnitt) für Schlachtgewicht. Rinder: Preise wie am Montag. Fäher: 1. Doppellender - 2. beste Mast- und Saugfäher 22000 bis 23000 (362900), 3. mittlere Mast- und gute Saugfäher 20000 bis 21000 (341700), 4. geringe Fäher 17000 bis 19000 (327800). Schafe: Preise wie am Montag. Schweine: 1. vollfleischige der feineren Rassen und deren Kreuzungen im Alter bis 1 1/2, Jahr 24000 bis 26000 (320500), 2. Fettfleisch 25000 bis 26000 (318800), 3. Fleisch 22000 bis 23000 (300000), 4. gering entwickelte 19000 bis 21000 (285700), 5. Sauen und Ober 15000 bis 20000 (253300). Ausnahmepreise über Notia. Die Preise sind Marktpreise für nächsteres Gewicht der Tiere und schließen sämtliche Speise des Handels ab, Stall-, Frachten-, Markt- und Verkaufskosten, Umfrachte, sowie den natürlichen Gewichtsverlust ein, erheben sich also wesentlich über die Stallpreise. Ueberstand: 1 Ochse, 1 Bulle, 2 Schweine. Tendenz des Marktes: Fäher mittel, Schweine langsam.

Die amtlich notierten Preise waren an der Berliner Produktionsbörse pro 50 kg ab Station: Weizen, märkischer 39000-38000, mecklenburger 38000-37500, Schwach, Roggen, märkischer 38500-35500, schlechter 36000, Schwach, Sommergerste, märkische 29000-28000, Schwach, Winter, märkischer 27000-26000, pommerischer 25500, Schwach, Mais waggonfrei Hamburg 33500-32000, Feinste Frau, Weizenmehl pro 100 kg 108000-125000. Feinste Marken über Notia bezahlt. Lufthol, Roggenmehl pro 100 kg 100000-110000, Lufthol, Weizenmehl 20000, Roggenmehl 21000-22000 Rubig, Raps 85000, Rubig, Weizen 85000, Rubig, Erbsen, Viktoria 60000-70000, kleine Speiseerbsen 45000-53000, Weizen 60000-80000, Wintererbsen 30000-35000, Weizen 55000-75000, Lupinen, blau 60000-60000, gelb 75000-90000, Erbsen 75000-100000, Trockenkorn 12500-14000, Vollwertige Futtererbsen 2000-22000, Lormelasse 30/70 8000-8500, Kartoffelroden 18500-19500.

Ankauf Baark
Gold - Silber
Platin - Gange
Gedülte - Einzelne
Röhre - Juwelen
Gegenstände
und Bruch aller Art
nicht mehr
Rieser, Carolinr. 10 part., Schwarzr. 65.
Ob Sie etwas verkaufen, lassen Sie es sich kostenlos
bei mir abschätzen. Strengste Diskretion.



Die Zeiten sind teuer,
das Geld ist rar!
Der Frosch sagt: Spar!
Wie mach ich das richtig
und ideal?
Kauf nur Erdal!

Erdal
Marke Roffrosch - Schuhpaste
Wagner & Meitz A.-G. Mainz

Kirchennachrichten.
Sonntag Judica 1923.
Riesa, Trinitatisstraße: 9 Uhr v. m. u. 2. u. 24-22
(S.), 2 Uhr Jugendg. l. Pfarr. (Fr.).
Vorf. 9 Uhr Gottesdienst mit Konfirmandenprüfung.
Gröba. 9 Uhr Konf.-Prüf. (Stempel), Do. 1/8 Uhr 65.
St. in Gröba. Dienstag 1/8 Uhr 8 Uhr 30. Frauen-
verband (Frauenverein) bei Heilmann.
Naderen. 1/9 hl. Abendm., 9 Uhr 10 Rinderg. 1/3
Konfirmandenprüfung.
Zeitheim. 1/9 Gottesdienst (Konfirmandenprüfung mit
Ansprache; Eiern und Paten sind herzlich dazu ein-
geladen). 10. Sonntag abends 1/7 Uhr im
Pfarrhaus Bibelstunde über Jes. Kap. 33 (Das Ge-
heimnis des Kreuzes).
Glandig. 9 Uhr Konfirmandenprüfung, 1 Uhr Konfirmanden-
besprechung. 2 Uhr Aufnahme der Konfirmanden von
1924 in Begleitung der Eltern.
Kath. St. Barbara-Kapelle, Zeitheimstr. 9. Um 8 Uhr
Gottesdienst in Zeitheim, in Riesa 10 Hochamt, 4 Jung-
frauenverein, 6 Pastorenpredigt.

**Verloren wurde am
Sonntagabend eine
Krimmerbos.
Gegen gute Belohnung
abgegeben.
Hauptstr. 60, 3. r.**

**2 Schlafstellen
für sofort gesucht. Zu
mieten in der
Kornmühl-Bezirks
Riesa, Bettinerstraße 82.**

**Freundl. Schlafstelle
a. l. 4. gesucht. Off. unt.
F H 106 an Tagesbl. Riesa.**

**Wohnungs-
berechtigte!**
Kompl. mod. möblierte
4-Zimmer-Wohnung
und reichl. Zubehör sofort
zu vermieten. Einrichtung
eotl. verständig. Näheres
zu erfragen bei
W. Franzel Nachf.,
Bismarckstr. 6.

**Ja. Mädchen, 28 J., m. sehr
zurückgezogen lebt, sucht a.
dies. Wege Herrenbekannt-
schaft irgendw. Ort. Geirat.
Wsk. Offerten unt. F F 106
an das Tagesblatt Riesa.**

**Herr, 29 Jahre alt,
wünscht die Bekanntschaft
einer soliden Dame im
Alter von 25 bis 29 Jhr.
wünscht späterer
Heirat.
Offerten unt. F F 107
an das Tagesblatt Riesa.**

**Suche für 15. Apr. a. l. Mal
tägliches, nicht zu junges
Hausmädchen
mit etw. Kochkenntnissen.
Frau G. B. B. r. r.,
Hauptstr. 77.**

**Zweckmäßiges
Dienstmädchen
gegen guten Lohn sofort
gesucht. Mit Zeugnis zu
mieten. Pfarrhaus Ost
bei Staudly.**

**Fortbildungsschulreises
Mädchen sucht Lehrstelle
in Kantor oder Lager.
Grobis Nr. 39 A. 1.**

Frische grüne Heringe Pfd. 500 M.
bei 10 Wd. 450 M. Schwendebite Wd. 2200 M.
gepö. Rindfleisch Pfund 850 M. empfiehlt
Friedr. Koch, Hauptstr. 19.

Margarine 2750 M.
Stets frische Räucherheringe
Samen-Zwiebeln 300 M.
E. Trobisch, Niederlagstr. 6.

Brikett-Ausgabe
für Riesa-Stadt und -Land
Montag, 19. 3., auf alle gemeldeten Karten. Stadt:
3 Str. (Mara); Land: 5 Str. Str. M. 6100.-
Ausgabe: 8-12 vormittags, 2-6 nachmittags.
G. H. Schulze.

Kuh- u. Brennholzversteigerung
Sonntag, 18. März, mittags 12 Uhr, sollen in
Rieschlein a. E. ca. 170 Stück Weidbüden, Büden
und Eichen (bis 80 cm Mitte Durchmesser), sowie viel
Brennholz öffentlich gegen Meistgebot zur Selbst-
verwertung (also auf dem Stocke) versteigert werden.
Die Käufer eignen sich besonders für Landwirtschaft
und Gewerbe. Die Versteigerung geschieht an Ort
und Stelle. Bedingungen vor der Auktion.
Sammeln der Bieter 1/12 Uhr am Gasthof zu
Rieschlein (am Schloß).
Otto Schütz, Sägemerk, Merzdorf a. Elbe.

**Eisen, Metalle, Möbel
Lumpen, Papier**
Felle aller Art, spez. Stiegen-
u. Kaninfelle
Kauft
Reproduktions-Einfach
**Rari Hofmann, Gröba, Dammtweg
Nr. und Verkauf von gebrauchten Möbeln
und getragener Garderobe.
Gleichzeitig empfanglich
einen haben gebrauchte Möbel.**

**Junges Mädchen oder
Ostermädchen. l. 1. 4. od. spätr.
gelucht Bettinestr. 2. r.**

**Fleißiges, ehrliches
Hausmädchen
sucht für sofort
Frau Rosa Steiner,
Hauptstr. 62.**

**Junges ehrlich. Mädchen
ab 1. 4. in gute Stelle
gelucht. Näheres Gröba,
Schulstr. 5, Bäckerei.**

**Suche für m. Tochter
m. Eltern die Schule verl.
Stellung a. Land zu Rind-
bern bei Familienanschluss.
Schubert, Döbelstr. 7.**

**Suche für meine Tochter
welche Eltern die Schule
verläßt. Aufnahme als
Stütze in allen häuslichen
Verrichtungen in einem
guten feinen Haushalt
für 15. April ev. später.
Su. erst. im Tagesbl. Riesa.**

**3 unverb. Männer
zu Werden auf Rittergut
gelucht. Zu erfragen
Goethestr. 67 im Laden.**

**Junge frächtige
Zughunde
verkauft billig
Orde, Cottewig.**

**Rinderford mit Weidh.
fast neu, zu verk. Marz,
Gröba, Olsdaker Str. 9. v. l.**

**Safer und Sen
kauft
Rieser Wagenfabrik
Seidler & Co.**

Heu
sucht zu Tagespreisen
zu kaufen
Vierdehandla. Gröba.

Günstige Angebote!

- Baumw. Mousseline . . . 4 900
- Baumw. Mouss. in grün. Mustern . . . 7 500 5 900
- Hemdentuch 3 500 2 900 2 650
- Renforce . . . 4 400 4 200
- Militärnessel . . . 2 500
- Rohnessel, prima Qual. 2 900
- Hemdenflanell, bunt, Mtr. 3 000
- Küperbarchent, weiß, Mtr. 3 600
- Bettgarnituren, bestickt 46 500
- Barch.-Bettlicher, Stck. 10 500 8 500

Beachten Sie unser Fenster!

- Damen-Mantel, Covercoat . . . 37 500
- Damen-Mantel, Rips, imprägn. . . 39 500
- Damen-Mantel, Donegal . . . 54 500
- Damen-Kostüm, Donegal 165 000 149 500 139 000
- Kleid aus prima Cheviot . . . 65 000 39 500
- Kleid aus Baumw. Mousseline . . . 22 900
- Kleid, Halbwolle, marine . . . 19 500
- Kostüm-Rock, Cheviot . . . 24 500
- Kostüm-Rock aus prakt. Stoff . . . 16 500 14 500
- Damen-Strickjacke . . . 42 500 37 500
- Batist-Bluse, dkl., farbig und bestickt . . . 2 500
- Leinen-Bluse, grau . . . 8 500
- Flanell-Bluse, bwl., aparte Streifen . . . 11 500
- Zephir-Bluse, gestreift . . . 13 500

Günstige Zahlungsweise!

Kaufhaus Albert Tropolowitz, Riesa

Ausschnitten!!

Allgemeine Ortskrankenkasse Riesa.

Auf Grund der Verordnung über Grundlöhne vom 27. 2. 23 (R. G. Bl. I Seite 158) ist vom Kassenvorstand die Erhöhung des Grundlohnes bis 14 400 M. mit Wirkung vom 19. März 23 an beschlossen worden. Mitglieder, deren Grundlohn danach die bisher bei der Kasse vorgeschriebene Höchstgrenze übersteigt, haben auf die ihrem neuen Grundlohn entsprechenden höheren Klassenleistungen erst vom 16. April 1923 an Anspruch. Da sich diesmal sämtliche Lohnstufen ändern, werden die Arbeitgeber ersucht, für alle Beschäftigten binnen 8 Tagen Lohn- bzw. Gehaltsangaben an Kassenstelle einzureichen, damit die Neueingruppierung erfolgen kann. Die neuen Lohnstufen, Beiträge usw. regeln sich nach folgender Tabelle:

Stufe	Arbeitsverdienst pro Tag bis M.	Grundlohn M.	Wochenbeitrag 9% M.	Davon zahlt der Arbeitgeber %	Arbeitsnehmer %	Krankengeld pro Tag 66% % M.	Sterbegeld (80 lach) M.
1	270	240	130	43	87	180	7200
2	350	420	227	76	151	260	12600
3	450	720	359	130	259	480	21600
4	1050	960	519	173	346	640	28800
5	1500	1290	696	232	464	960	38700
6	1900	1710	924	308	616	1140	51300
7	2800	2100	1134	378	756	1400	63000
8	2700	2520	1361	454	907	1680	75600
9	3300	3000	1620	540	1080	2000	90000
10	4050	3600	1944	648	1296	2400	108000
11	4950	4500	2430	810	1620	3000	135000
12	5850	5400	2916	972	1944	3600	162000
13	6750	6300	3402	1134	2268	4200	189000
14	7650	7200	3888	1296	2592	4800	216000
15	9150	8400	4536	1512	3024	5600	252000
16	10050	9600	5184	1728	3456	6400	288000
17	11550	10800	5832	1944	3888	7200	324000
18	12450	12000	6480	2160	4320	8000	360000
19	über 12450	14400	7776	2592	5184	9600	432000

Riesa, den 14. März 1923.

Der Kassenvorstand.
Paul Fiedler, Vorsitzender.

Alteisen Metalle

gebr. Maschinen
kaufen jederzeit
Goldammer & Co.
Reiffenstr. 4-6. Tel. 553.

Pianos

preisw. zu verkaufen.
Richters Musikhaus
Albertplatz 6.

Runkelrüben

je Senter 1000 Mark
verkauft
Heyde, Cottewitz.

Einen Tafelwagen

(Tragkraft 20 Str.)
guterhalten, verkauft
Barth, Weraendorf 9.

Gebr. Korbwagen

guterh. zu verkaufen
Hilmarstr. 10.

1 gebr. Grundofen

zu verf. Schmitz. 11.
4 Stk. Eisenbahnkesseln
13 cm h. 5,50 l., 1 l-Träger
20 cm h. 5,20 l., 1 Posten
fürzere u. schwächere Schie-
nen u. Träger, 40 Stk. 2"
Robridulen 2,25 l. zu Vieh-
weidekoppeln, 1 Posten ver-
sinter Stahldraht, 6 m
1" verzinktes Rohr zu
Wasserleitung, 1 großer
Wasserschiffel, innen ver-
zinkt, 7 eiserne Bettstellen,
16 eiserne Garderobe-
schränke (1. Fabrik) Hund-
eien 7-12 mm, 3 m l. zu
Wetonsäulen, 1 Posten
Stalllaternen, 1000 Stk.
Wesen (Winkler) für Stall
u. Getreideboden u. Werk-
stätten, Stk. 125 Mk.,
21 Stk. hölzerne Böde,
meist neu, für Baugewerke,
eine Zug- u. eine B-Trom-
pete verkauft
Oskar Riebling,
Ries-Gröba, Tel. 564.

Allg. Ortskrankenkasse Gröba.

Auf Grund der Verordnung über Grundlöhne vom 27. 2. 23 (R. G. Bl. I, S. 158) ist vom Kassenvorstand die Erhöhung des Grundlohnes bis 14 400 M. mit Wirkung vom 26. März 1923 an beschlossen worden. Mitglieder, deren Grundlohn danach die bisher bei der Kasse vorgeschriebene Höchstgrenze übersteigt, haben auf die ihrem neuen Grundlohn entsprechenden höheren Klassenleistungen erst vom 23. April 1923 an Anspruch. Die Arbeitgeber werden ersucht, der Kasse bis spätestens 31. 3. 23 die Besüge der Versicherten zu melden, die den Tagesverdienst von 3 400.- Mk. überschreiten. Entzätet ein Arbeitgeber diese Lohn- und Gehalts-
anzeigen nicht rechtzeitig, so wird der Grundlohn bis zur ordnungsmäßigen Meldung in der Höhe fest-
gesetzt, der für Versicherte der gleichen Art in Ver-
trieben gleicher Art gilt; eine Rückzahlung von Bei-
trägen besteht in diesem Falle nicht. Die neue
Beitrags- und Unterstützungstabelle wollen die
Arbeitgeber an Kassenstelle entnehmen. Die Ein-
stufung der freiwillig versicherten Mitglieder er-
folgt entsprechend.
Gröba, den 15. März 1923.

Der Kassenvorstand.
Der für morgen Sonnabend
angelegte Vortrag über
Rieschels Weidvieh-
Grundeherde
findet nicht um 4 Uhr, sondern
bereits um 3 Uhr
in der „Elbterrasse“ statt. G. Immanuel Schmann.

Gasthof Heyda.

Sonntag,
18. März großes Mandolinenzert u. anschl. Ball.
Anfang 6 Uhr.
Der Wirt. M. G. „Gut Rana“, Riesa.

Am Donnerstag morgen

entschlies sanft
nach längerem Unwohlsein unser lieber
Vater, Schwieger-, Groß- und Urgroß-
vater, der Privatist
Karl Möbins
im 83. Lebensjahre.
Die trauernden Hinterbliebenen.
Neu Weida, den 16. 3. 1923.
Die Beerdigung findet Montag 1 Uhr
von der Friedhofshalle in Riesa aus statt.

Bekanntmachung.

Meiner werten Kundschaft von Riesa, Gröba und Umgegend zur gef.
Kenntnis, daß vom heutigen Tage in meinen Geschäften **bedeutende
Preisermäßigung** eingetreten ist und bitte höflichst bei Bedarf um
gütigste Unterstützung. Hochachtungsvoll

Arthur Nitzsche, Dampf-Färberei und
Chemische Reinigungsanstalt.
Hauptgeschäft: Riesa, Schützenstr. 1. Tel. 577.

Zweiggeschäfte: Riesa, Pausitzerstraße 12
Gröba, Weststraße 6
Oschatz, Frohngasse 2. Zweiggeschäfte.

Frühjahrsmantelstoffe
Kostümstoffe
empfehlen gut u. preiswert
P. Wälsche, Goethestr. 52, 2

Mass-Atelier
der
Riesener Korbstoffabrik
H. Mühle & Co.
Goethestrasse 84, I. Etage.

Geöffnet von vorm. 8-12
und nachm. 2-5.
Telefon 205.

1 Gobelin-Sofa
1 Plüsch-Sofa
guterhalten, im Auftrage
zu verkaufen. Arthur
Windig, Bismarckstr. 37.

Verein Rheinisch-Westfäl. Landsleute, Riesa.
Sonntag, 18. März 1923, abends 8 Uhr
im Saale der „Elbterrasse“
großer Rhein- u. Ruhrabend (Werbeabend)
Vortrag des Herrn Verwaltungsdirekt. Vogel, Berlin
Thema: „Rhein, Ruhr und Saar“
verbunden mit Gedichts- und Gesangsbeiträgen.
Hierzu werden alle Mitglieder, Freunde und
Gönner des Vereins herzlich eingeladen.
Anfang punkt 8 Uhr. Der Vorstand.

Landwirtschaftl. Bezirksverband.
Sonnabend, den 17. 3., nachm. 1/5 Uhr im
Hotel Kronprinz (Saal) Vortrag des
Herrn Sanitätsrat Dr. Seewiger:
Zweck und Ziele der Bauernhochschule.

Richters Lanzturnus Dezember 1922.
Sonnabend, den 17. März, findet unter
Aterbummel
im Gasthof Pausitz statt. Hierzu laden wir alle
Scholarinnen und Scholaren nebst Angehörigen er-
gebenst ein. Anfang 7 Uhr. Der Gesamtvors.

Schützenhaus.
Sonnabend,
17. März, Vergnügen
von „Rau an die Rampe“, Riesa.
Anfang 7 Uhr. Der Vorstand.

Nach schweren Leidenstagen verschied heute mittag unsere
liebe Mutter, Schwieger- und Großmutter
Erdmuthe Hänßgen
geb. Thierbach.
Dies zeigt schmerzzerfällt an Familie Schäfer.
Glaubitz, den 15. März 1923.
Die Beerdigung erfolgt Sonntag nachmittag 1/4 Uhr vom
Trauerhause aus.

Nach langer schwerer, mit großer Geduld ertragener Krank-
heit entschlies sanft und ruhig meine liebe Gattin, unsere un-
vergeßliche treusorgende Mutter, Frau
Helene Gaumitz geb. Herrmann.
Riesa, 16. März 1923. In tiefem Leid
Theodor Gaumitz, Marianne und Lenchen Gaumitz.
Die Beerdigung erfolgt Montag nachmittag 1/3 Uhr vom
Trauerhause, Bismarckstraße 26, aus.

Nach langer schwerer, mit großer Geduld ertragener Krank-
heit entschlies sanft und ruhig meine liebe Gattin, unsere un-
vergeßliche treusorgende Mutter, Frau
Helene Gaumitz geb. Herrmann.
Riesa, 16. März 1923. In tiefem Leid
Theodor Gaumitz, Marianne und Lenchen Gaumitz.
Die Beerdigung erfolgt Montag nachmittag 1/3 Uhr vom
Trauerhause, Bismarckstraße 26, aus.

Nach langer schwerer, mit großer Geduld ertragener Krank-
heit entschlies sanft und ruhig meine liebe Gattin, unsere un-
vergeßliche treusorgende Mutter, Frau
Helene Gaumitz geb. Herrmann.
Riesa, 16. März 1923. In tiefem Leid
Theodor Gaumitz, Marianne und Lenchen Gaumitz.
Die Beerdigung erfolgt Montag nachmittag 1/3 Uhr vom
Trauerhause, Bismarckstraße 26, aus.

Nach langer schwerer, mit großer Geduld ertragener Krank-
heit entschlies sanft und ruhig meine liebe Gattin, unsere un-
vergeßliche treusorgende Mutter, Frau
Helene Gaumitz geb. Herrmann.
Riesa, 16. März 1923. In tiefem Leid
Theodor Gaumitz, Marianne und Lenchen Gaumitz.
Die Beerdigung erfolgt Montag nachmittag 1/3 Uhr vom
Trauerhause, Bismarckstraße 26, aus.

Nach langer schwerer, mit großer Geduld ertragener Krank-
heit entschlies sanft und ruhig meine liebe Gattin, unsere un-
vergeßliche treusorgende Mutter, Frau
Helene Gaumitz geb. Herrmann.
Riesa, 16. März 1923. In tiefem Leid
Theodor Gaumitz, Marianne und Lenchen Gaumitz.
Die Beerdigung erfolgt Montag nachmittag 1/3 Uhr vom
Trauerhause, Bismarckstraße 26, aus.

Nach langer schwerer, mit großer Geduld ertragener Krank-
heit entschlies sanft und ruhig meine liebe Gattin, unsere un-
vergeßliche treusorgende Mutter, Frau
Helene Gaumitz geb. Herrmann.
Riesa, 16. März 1923. In tiefem Leid
Theodor Gaumitz, Marianne und Lenchen Gaumitz.
Die Beerdigung erfolgt Montag nachmittag 1/3 Uhr vom
Trauerhause, Bismarckstraße 26, aus.

Nach langer schwerer, mit großer Geduld ertragener Krank-
heit entschlies sanft und ruhig meine liebe Gattin, unsere un-
vergeßliche treusorgende Mutter, Frau
Helene Gaumitz geb. Herrmann.
Riesa, 16. März 1923. In tiefem Leid
Theodor Gaumitz, Marianne und Lenchen Gaumitz.
Die Beerdigung erfolgt Montag nachmittag 1/3 Uhr vom
Trauerhause, Bismarckstraße 26, aus.

Nach langer schwerer, mit großer Geduld ertragener Krank-
heit entschlies sanft und ruhig meine liebe Gattin, unsere un-
vergeßliche treusorgende Mutter, Frau
Helene Gaumitz geb. Herrmann.
Riesa, 16. März 1923. In tiefem Leid
Theodor Gaumitz, Marianne und Lenchen Gaumitz.
Die Beerdigung erfolgt Montag nachmittag 1/3 Uhr vom
Trauerhause, Bismarckstraße 26, aus.

Nach langer schwerer, mit großer Geduld ertragener Krank-
heit entschlies sanft und ruhig meine liebe Gattin, unsere un-
vergeßliche treusorgende Mutter, Frau
Helene Gaumitz geb. Herrmann.
Riesa, 16. März 1923. In tiefem Leid
Theodor Gaumitz, Marianne und Lenchen Gaumitz.
Die Beerdigung erfolgt Montag nachmittag 1/3 Uhr vom
Trauerhause, Bismarckstraße 26, aus.

Allen denen, welche an

Saut- auschlag

Unreiner Haut leid.
Obermeyer's Medizinall.
Serba-Seife

aufs Beste empfohlen wer-
den. A. Doberl, Reining.
Zur Nachbehandlung ist
Serba-Creme besonders
zu empfehl. Zu hab. in all.
Apothek., Droga. u. Parfüm.

Vereinsnachrichten
Rieschels Weidvieh-
Grundeherde
findet nicht um 4 Uhr, sondern
bereits um 3 Uhr
in der „Elbterrasse“ statt. G. Immanuel Schmann.

Rinderhäuten
Wirtschaftshäuten
Zierschürzen
empfehlen preiswert
Arthur Hänel
Hauptstr. 25, 11.
bei Klempner Hoyer.

Gänse-Gier
verkauft
Kreischmar,
Feldstraße 16.

Saalkartoffeln
(sehr ertragreich)
erste Abfaat „Tuno“, an-
erkannt v. Landwirtschafts-
rat, „blaue Odenwälder“,
„Teodora“ gibt ab
Jenssch, Gostewitz.
Auch Zweifelfartoffeln
hat abzugeben d. O.

Gasthof Wülknig.
Sonntag, den 18. März
feiner Walzerabend
mit verstärktem Orchester,
Kapelle Heinrich.
Anfang 8 Uhr.

Gasthof z. Hoß
Hagewitz.
Sonntag, den 18. März
öffentliche Ballmusik.
Dazu laden ergebenst ein
Wray Robisch.

Gasthof Prausitz
Sonntag Ballmusik
18. März

Gasthof Zentewitz.
Sonntag Ballmusik

Gasthof Glaubitz.
Sonntag, den 18. März
von 6 Uhr an
feine Ballmusik.
Vrbl. laden ein O. Donat.

Gasthof Bahra.
Sonntag, den 18. März
Bockbierfest
mit Ballmusik u. Preis-
Stetra. Anfang 8 Uhr.

Die heutige Nr. umfasst
6 Seiten.
Hierzu Nr. 11 des
Stückes an der Elbe.

Ist Frankreich verhandlungsbereit?

Der Eindruck, den man bereits auf Grund der Beschlüsse der Brüsseler Konferenz hatte, daß nämlich die französische Regierung sich heimlich nach einer Intervention lehn, durch die Verhandlungen an die Stelle der jetzigen unbehaltbar werdenden Lage Frankreichs gesetzt werden, hat sich in den letzten Tagen wesentlich verstärkt. Besonders in England werden die Möglichkeiten einer Intervention eifrig erörtert. Das ist erklärlich, denn auch England sieht sich bei der jetzigen Lage nicht wohl und wünscht dringend, daß seiner Aushaltung aus der Entwicklung der Ruhrangelegenheit ein Ende gemacht werde. Nichts kommt daher den Engländern so gelegen wie der in der französischen Presse zum Ausdruck gebrachte Wunsch, England möge sich an die deutsche Regierung wenden und auf diese gewissermaßen einen Druck zur Ermöglichung neuer Verhandlungen ausüben. Es erscheint tatsächlich nicht ausgeschlossen, daß irgendwelcher Schritt der Regierung Bonar Law in dieser Richtung in Kürze erfolgt. — Die Frage, die sich bei der deutschen Volksgemeinschaft dieser von der Entente einschließlich Frankreichs ausgetretenen Verhandlungsführer vorlegen muß, ist vor allem die, ob Frankreich schon durch den passiven Widerstand der Ruhrbevölkerung genügend verhandlungsbereit geworden ist, damit die etwa aufzunehmenden Verhandlungen auch zu annehmbaren Vereinbarungen führen können. In dieser Hinsicht müssen heute noch die allerhöchsten Anseher geltend gemacht werden. Frankreich stellt zunächst die Bedingung, daß die von ihm einseitig durchgeführte Ruhrabriegelung während der Verhandlungen fortgeführt werden müsse. Es geht offenbar, daß mit dem Beginn der Verhandlungen auch der unüberwindliche Widerstand der Ruhrdeutschen zusammenbrechen werde, sobald die französischen Einbringer ein leichteres Spiel haben. Hieran kann sich aber die Reichsregierung keinesfalls einlassen, wenn sie nicht Gefahr laufen will, daß die Verhandlungen nur mißbraucht werden, um die deutsche Widerstandskraft zu brechen, und daß sie dann bei den Verhandlungen wieder über Ohr gebauen wird. Frankreich muß, bevor es als verhandlungsbereit erachtet werden kann, mindestens sagen, auf Grund welcher für Deutschland annehmbaren Bedingungen es die Verhandlungen aufnehmen möchte. Hierüber scheint man sich aber in Frankreich noch keineswegs klar zu sein. Die „Coe Nouvelle“ wünscht zwar nur einen Wirtschaftsvertrag zwischen der deutschen Ruhr und dem lothringischen Eisen. Aber sie ist heute in Frankreich ziemlich einflusslos. In der Pariser Regierungssprekkelung man noch immer von einer Annexion des linken Rheinufers, der man allerdings den beschönigenden Namen einer dauernden Belegung zur Sicherung Frankreichs gibt. In der englischen Presse ist, wie es scheint, auf französische Anregung hin, der Plan einer Internationalisierung des Rheinlandes und des Ruhrgebietes erörtert worden. Das würde lebhaft darauf hinauslaufen, daß an die Stelle der französisch-belgischen Ruhrbelegung eine internationale träte, wie sie ja die Franzosen von vornherein gewünscht haben. Für Deutschland können natürlich alle diese Vorschläge, die letzten Endes auf einen Verlust des Ruhrgebietes hinauslaufen würden, nicht ernstlich diskutierbar sein. — Die Reichsregierung hat sich niemals auf den Standpunkt der Unversöhnlichkeit und der Ablehnung aller Verhandlungen gestellt. Sie war und ist noch heute bereit, Vorschläge zur wirtschaftlichen Regelung der Reparationsfragen zu machen. Sie wird und kann aber niemals über die politische Frage einer dauernden militärischen Belegung des Ruhrgebietes verhandeln, wer immer auch die Belegungsmächte sein mögen. Für England mag die Ruhrfrage dadurch, daß an die Stelle der Franzosen und Belgen eine internationale Kontrollkommission und eine internationale Gendarmerie tritt, vielleicht gelöst sein. Für Deutschland wäre eine solche Lösung völlig unannehmbar. Die Erörterung solcher Projekte beweist nur, daß die Regierung Woincaro zurzeit noch nicht für Erfolg versprechende Verhandlungen reif ist und daß der Wirtschaftskampf fortgesetzt werden muß.

Grüners Dank an die Eisenbahner.

In der gestrigen Sitzung des Haushaltsausschusses des Reichstages nahm der Reichsversicherungsminister Grüner das Wort, um den Eisenbahner, die im Westen einen schweren Kampf zu bestehen hätten, für ihre vorbildliche Haltung den wärmsten Dank der Reichsregierung auszusprechen. Nach den bisherigen Feststellungen seien 142 Eisenbahner verhaftet, 73 ausgewiesen und 52 auf Schiffe und Unmenslichkeiten mißhandelt worden, abgesehen von denen, die aus ihrer Wohnung vertrieben und auf die Straße gesetzt worden seien. Selbstverständlich habe sich die Reichsregierung bemüht, für alle diese verhafteten Deutschen die sorgfältigsten Fürsorgemaßnahmen zu ergreifen. So seien Fürsorgeberatungsstellen in Pölsfeld, Jüdis, Mannheim und Karlsruhe eingerichtet worden. Diese Beratungsstellen hätten die Aufgabe, die Ausgewiesenen und Verdrängten zunächst mit Geld zu versehen, ihnen Wohnungen zu verschaffen und sie an ihren nächsten Beschäftigungsort zu bringen. Die Schäden an Leib und Leben, sowie alle Sachschäden, welche die Vertriebenen durch die Besatzungsmächte erlitten hätten, würden in vollem Umfang ersetzt werden.

Englische Vorschläge in Berlin?

In der Wandelhalle des Reichstages wurden am Donnerstag die Meldungen aus Paris und London lebhaft besprochen, in denen von Verhandlungsmöglichkeiten die Rede ist. Die Parteiführerbesprechung, die am Donnerstag mit der Regierung stattgefunden hat, wurde mit diesen Nachrichten in Verbindung gebracht. Dazu ist zu sagen, daß auf der Tagesordnung dieser Besprechung die Frage der Getreideumlage stand. Bevor man aber in die Beratung dieses Gegenstandes eintrat, sind durch die Regierung, die durch Reichsstatthalter Dr. Cuno und Außenminister von Holenberg vertreten war, Mitteilungen über die auswärtige Politik des Reiches gemacht worden. Die Mitteilungen waren, wie versichert wird, von der allergrößten Wichtigkeit. Sie wurden für vertraulich erklärt. Trotzdem ließ es gestern im Reichstage, daß in der Frage der Ruhrbelegung wenn nicht eine Intervention, so doch eine Anregung von einer dritten Macht tatsächlich zu erwarten sei. Es heißt, daß eine Fühlungnahme maßgebender englischer Kreise mit der deutschen Regierung bereits stattgefunden hat. Für kennzeichnend hält man die Tatsache, daß von Holenberg seine Rede verschoben hat und nicht vor Dienstag vor dem Reichstage sprechen wird. Voraussetzlich dürfte die erste Woche nach den Feiertagen seine ausführliche Darstellung der auswärtigen Lage des Reiches bringen.

Die Tagung der deutschen Arbeitgeberverbände.

Im ehemaligen preussischen Herrenhause trat am Mittwoch in Berlin die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände zu einer ordentlichen Mitgliederversammlung zusammen. Zahlreiche Vertreter der Reichsregierung, der Länder und der Gemeinden waren erschienen, an ihrer Spitze Reichsstatthalter Dr. Cuno und Reichsarbeitsminister Dr. Brauns. Der Versammlung wurde folgende Resolution vorgelegt: Die Vertreter der Arbeitgeberverbände aus allen Gauen

6 Deutsche in Buer getötet.

Meldungen aus Buer belagen: Es heißt fest, daß im Ganzen bisher sechs Deutsche umgebracht wurden unter der Besatzung, die beiden französischen Offiziere erschossen zu haben. Alle von deutscher Seite eingeleiteten Bemühungen, Licht in die geheimnisvolle Mordgeschichte zu bringen, scheiterten daran, daß von den französischen Behörden keinerlei Auskunft gegeben wird, daß dabei eine Zusammenarbeit zur Aufklärung der Mordtat unzulässig ist.

Die Besatzung in Buer ist außerordentlich bemüht, die deutschen Auslagen über den Offiziersmord auszuwirken zu machen. In der vergangenen Nacht sind die Bureauräume der Kriminalpolizei durchsucht und mehrere Kriminalbeamte festgenommen worden. Ebenso wurde das Rathaus nach Abschriften der Zeugenvorschreibungen durchsucht. Die deutschen Zeugen, die auf der Kommandantur eingehend von den Franzosen vernommen wurden, weigerten sich, ein in französischer Sprache abgefaßtes Protokoll zu unterzeichnen, wenn nicht ein ihnen bekannter deutscher Dolmetscher das Protokoll überprüfte.

Die von den Franzosen in Buer getroffenen strengen Maßnahmen sind noch immer in Kraft. Die Zeitungen dürfen nicht erscheinen. Die deutschen Zeugen, die unter Eid festhalten, daß nur Franzosen als Mörder der erschossenen französischen Offiziere in Betracht kommen könnten, sind verhaftet worden.

Zu dem Plünderungsplan der Franzosen.

Beislagnahme des Kohlenstifts.

Von den Franzosen wurde gestern in Lubwigshafen ein Schiff mit Kohlen beschlagnahmt mit der Bemerkung, daß die Kohlen den pfälzischen Städten, die durch die Stilllegung der pfälzischen Bahnen ohne Kohle seien, zukommen würden. Wie verlautet, haben die in Betracht kommenden Städte dies Angebot abgelehnt.

Verbotene Zeitungen.

Die „Freie Pfälzische Presse“ und der „Pfälzische Volksbote“ sind von den Franzosen auf drei Tage verboten worden wegen Veröffentlichung der Nachricht, daß die beiden französischen Offiziere in Buer von französischen Alpenjägern erschossen worden sind. Aus demselben Grunde wurde die „Pfälzische Zeitung“ gleichfalls auf drei Tage verboten. Der „Post an der Ruhr“ ist von der Rheinlandkommission auf drei Tage verboten worden, weil er eine Nachricht über das angebliche Aufstehen französischer Eisenbahner in deutschen Eisenbahneruniformen veröffentlicht hat.

Farbige Truppen. Besetzte Bahnhöfe.

In Bins und Erpel sind seit Sonntag nachmittags farbige Truppen. Das Betriebsamtgebäude Reuf wurde am 13. März von den Belagern besetzt. Am 12. März beschlagnahmten die Franzosen im Bahnhof Bemel 34 Wagen mit Brennstoff und fuhren sie in Richtung Oberkassel ab. Am 11. März 8 Uhr 30 Minuten nachmittags wurde auf dem Bahnhof Bins der Wagen 40700 München durch französische Soldaten erbrochen und beraubt. Sie haben den Raub unter sich verteilt.

Starke Truppenbewegungen.

Aus dem südlichen Teil des besetzten Gebietes wird von starken Truppenbewegungen berichtet. Der südlich der Bupper um die englische Zone gelegte Bogen ist im Laufe des gestrigen Tages wieder erweitert worden. Die Drie Hühnerath und Albershausen sind von den Franzosen besetzt worden.

und Industrien des Reiches haben mit tiefer Bewegung aus dem Munde der Männer an Ruhr und Rhein von den Drangsalen und Leiden vernommen, die deutsche Bürger in deutschem Lande von einem grauenhaften und habgierigen Feinde erfahren. Sie haben aber zugleich mit Stolz gesehen, daß deutsche Treue die Abwehr mit äußerster Energie fortsetzt. Die deutschen Arbeitgeber danken ihren Brüdern im besetzten Gebiet für das, was sie in diesen schweren Tagen für Deutschlands Ehre und Wohl tun und leiden. Sie geloben in unerschütterlicher Treue zu ihnen zu stehen, sie in dem schweren Kampf um Freiheit, Unabhängigkeit und Selbstbestimmung mit allen Kräften und Mitteln zu unterstützen, ihnen jede nur mögliche wirtschaftliche Erleichterung zu gewähren, denn der Kampf an Rhein und Ruhr ist unter aller Sache. Auf Gebeiß und Verderb sind alle deutschen Arbeitgeber in Rheinland und Westfalen und seinem Schicksal verbunden. Ueber eine Abtrennung oder wirtschaftliche Abschneidung dieses deutschen Dergens, des deutschen Wirtschaftslebens bilden den Kernstück des deutschen Landes, über eine Unterwerfung dieses Gebietes unter fremde Anordnung und Gewalt kann es keine Erörterungen, kein Verhandeln geben. Die deutsche Arbeiter- und Angestelltenchaft hinter die kämpfenden und duldbenden deutschen Brüder im altbesetzten und im Einbruchgebiet. Sie ist sich dessen bewußt, daß es gilt, unter den größten Schwierigkeiten und monatelang ab zu durchhalten, und daß die letzten Reserven darangegeben werden müssen, um Freiheit und Recht zurückzugewinnen. Sie vertraut der Regierung, daß sie der deutschen Wirtschaft die Durchführung dieses Kampfes in zweckmäßiger und großzügiger Weise erleichtert und wird überlebens der Regierung jede Unterstützung gewähren, wo es gilt, das Unrecht von Veräulnis wieder aufzumachen, durch eine auf Recht und Gerechtigkeit beruhende Verständigung freier Völker. Von der Ruhr erdnt der Ruf zur dortiger Verbände an das deutsche Volk. Wir nehmen ihn auf, wir wollen Euren Abwehrkampf aus nicht verlegenden Quellen immer neue Kräfte zuführen. Wir wollen die geschlossene Front bilden, die Euch den stärkenden Strom von Zuversicht und Siegeswillen immer von neuem zuführt. Dann wird uns, das wird wir gewiß, der gemeinsame Erfolg sicher sein. — Die Versammlung selbst wurde vom Reichstagsabgeordneten und Wahlmann des Reichsverbandes Dr. Sorge eröffnet, der den Reichstagsler und den Arbeitsminister herzlich willkommen hieß. Die Entschlieung wurde einstimmig und unter lebhaftem Beifall angenommen.

Das Regime der französischen und der belgischen Regierung.

Ueber das Regime, das in dem besetzten Gebiet zunehmend seitens der französischen und der belgischen Regierung zur Einföhrung gelangen soll, veröffentlicht „Deuwer“ folgende Zusammenstellung: 1. Militärische Organisation: Das französische Kontingent werde um 15.000 Mann verstärkt werden, das belgische um 5000 Mann. Insgesamt würden künftig beide Armeen aus 90.000 Mann bestehen, zu denen 10.000 mobilisierte Eisenbahner hinzuzuzählen seien. 2. Ingenieurmission: Diese werde unmittelbar dem General Degoutte unterstehen. Es werde künftig zwei Divisionen geben, eine französische unter Franzen und eine belgische unter Leitung des Ingenieurs Ferracarte. 3. Eisenbahnrégime: Dieses werde auf Grund der Brüsseler Konferenz keine Veränderung erfahren. 4. Räumung der

Die Fortschaffung von Kohle

auf der See weiterholt geht laut „Vossischer Zeitung“ auch heute noch weiter fort. Die von den Franzosen dabei verwandte ausländische Arbeiterkraft ist vermehrt worden. Es dürften jetzt etwa 120 bis 130 Leute tätig sein. Bisher ist es nicht möglich gewesen, festzustellen, aus welchen Ländern die Arbeiter stammen, da sowohl die Arbeitsstätten wie auch die Quartiere der Arbeiter durch eine dichte Volkstette streng abgeperrt worden sind. Auf den Jochen Westerbolt und Scholmen ist nach Beendigung des 24stündigen Proteststreiks die Arbeit wieder aufgenommen worden. Falls die Franzosen noch länger auf der See bleiben, sollen die Roterei-Anlagen von den deutschen Arbeitern stillgelegt werden.

Verhaftungen. — Ausweisungen. — Verurteilungen.

Im Einbruchgebiet haben die feindlichen Besatzungen verhaftet: Postmeister Truempler aus Hildehausen (Grund unbekannt); Telegraphen-Oberaufseher Gebber aus Duisburg-Weidlich am 11. Februar wegen angeblicher Sabotage, am 13. Februar freigelassen; Obertelegrapheninspektor Maasen, Kabinetsbeamter aus Duisburg, am 12. Februar, weil er trotz Schließung des Telegraphenamts noch arbeitete, nach Vernehmung wieder freigelassen; Telegraphendirektor Dorn aus Biesbaden am 10. März.

Der stellvertretende Vorsitz der Postämter in Necklinghausen ist von den Franzosen ohne Angabe von Gründen verhaftet worden. Postdirektor Scherbaum ist zu sechs Monaten Gefängnis und 200.000 Mark Geldstrafe verurteilt worden. Der gesamte Telegraphen- und Fernsprecheverkehr ruht in Necklinghausen seit dem 13. März vollständig. Die Franzosen bezahnen die Stilllegung des Betriebes als Pressfalle; sie verlangen von den deutschen Beamten, daß sie die französischen Zeitungen wieder ins Leben setzen, was aber abgelehnt worden ist.

Die französische Besatzungsbehörde hat in Kaiserlautern drei Mitglieder der kommunistischen Partei verhaften lassen, angeblich wegen antimilitärischer Propaganda.

Der Präsident der Oberpostdirektion Naden Steinhoff und der Direktor des Telegraphenamts Hammacher sind aus bläher unbekanntem Gründen verhaftet worden.

In Kapellen-Bewellinghoven wurde der Bahnhofswirt Engels von der belagerten Besatzung aus seiner im Empfangsgebäude befindlichen Wohnung und der Bahnhofsmiethaus vertrieben. Außerdem drangen Belagerer in die Dienstwohnung des Bahnmeisters ein, in der sie den Glasabschluß zertrümmerten.

Der erste Beigeordnete der Stadt Schweizer Dr. Vörsen, ist ins unbesetzte Gebiet abgehoben worden. Seine Gattin darf noch vier Wochen im besetzten Gebiet bleiben.

Die belagerten Regierungsbeamten Rudolf Mayer und Walter Müller in Eisenburg hatten sich vor dem französischen Kriegsgericht zu verantworten, weil sie dem Befehle der Besatzungsbehörden, Plakate mit Verordnungen der Rheinlandkommission anzuschlagen zu lassen, nicht Folge geleistet hätten, ferner die ihnen unterstellten Beamten zum Ungehorsam gegen Verordnungen der Rheinlandkommission aufgefordert haben sollen. Das Urteil lautete gegen Mayer auf 1 1/2 Jahre Gefängnis und 30 Millionen Mark Geldstrafe, gegen Müller auf ein Jahr Gefängnis.

Der bisherige Oberbürgermeister Lenz in Witten ist vom französischen Kriegsgericht zu einem Jahr Gefängnis verurteilt worden, weil er sich gemeldet hat. Befehlen der Franzosen nachzukommen, und fest bemerkt gewesen ist, nur den Anordnungen der deutschen Regierung zu folgen.

Kohlen- und Kohllager: Der in Brüssel aufgestellte Plan laufe darauf hinaus, diese Maßnahmen in einer Reihe von Kohlenzentren nacheinander durchzuführen. Dies entspräche dem Vorschlag des Marschalls Foch, der angetreten habe, den deutschen Widerstand dadurch zu brechen, daß man Kohlen und Holz aus dem Ruhrgebiet heraushole, anstatt die Belegung weiter auszuweiten, wie es General Degoutte verlangt habe. 5. Ausfuhrverwilligungen: In Brüssel ist es Belgien gelungen, die Ausschaltung sämtlicher Maßnahmen durchzuführen, die für den ausländischen Handel eine unumgängliche Erschwerung darstellen. — Ein Beamter des Quai d'Oran habe sich nach Köln begeben, um dort zu versuchen, das in Brüssel vereinbarte Regime den berechtigten Bedürfnissen der Alliierten Frankreichs und der Neutralen anzupassen.

Deutscher Reichstag.

15. Sitzung am 15. März 1923, nachmittags 2 Uhr. Dritte Beratung des Gesetzentwurfs zur Anpassung der Steuerbesche an die Geldentwertung. Abg. Dr. Berg (Soz.) betont, daß die Ausfuhrleistung noch viel weniger als die Regierungsvorlage der Berücksichtigung der Geldentwertung im Steuerwesen gerecht geworden sei. Das völlige Verlangen anderer Steuerbeweis habe dazu geführt, daß Deutschlands schwebende Schuld Ende Februar dieses Jahres auf rund 4700 Milliarden angewachsen war. Auch Frankreichs Gesamtpolitik trage zur Erschütterung der deutschen Finanzwirtschaft bei, mindere aber nicht die Verantwortung derjenigen deutschen Kreise, welche auf den Niedergang der Mark spekulieren. So seien die Verluste des früheren Wirtschaftsministers Schmidt mit einer aktiven Währungsreform auf den Widerstand einer geschlossenen Abwehrfront der bürgerlichen Parteien geschlossen. Alle Besitztümer zusammen hätten nur 11 Milliarden Ertrag gebracht, also nur ein Achtel des Betrages, den der Lohnabzug in einem einzigen Monat aufbringe. Von hundert Mark Steuereinnahmen werden in Deutschland nur 4 Mark vom Volk aufgebracht. Diese Zahlen müssen auch vom Ausland beachtet werden, da sie beweisen, daß der deutsche Arbeiter steuerlich viel stärker belastet ist, als die Arbeiter aller anderen Länder. Auch in den deutschfreundlichen Kreisen Englands und in der Schweiz vertritt man die Bevorzugung des Besitzes in der deutschen Steuerpolitik nicht. Wir fragen den Reichsfinanzminister: Glaubst er die innen- und außenpolitische Verantwortung tragen zu können für eine Zustimmung zu diesen Ausschüßbeschlüssen? Redner bemächtigt sich an einer Reihe von Beispielen die Unmöglichkeit darzutun, auf der Grundlage des Nennwertes zu verrechnen, und fragt, ob die Regierung ein Entschuldigungsvermögen könne, bei dem die Besitztümer nicht einmal die Veranlagungskosten decken. Seine Partei werde die Vorlage in der Fassung der zweiten Lesung ablehnen.

Reichsfinanzminister Dr. Gerners:

Die Ausführungen des Vorredners dürfen wegen ihrer innen- und außenpolitischen Wirkung nicht unbedenklich bleiben. Es ist nicht richtig, daß der Ausschuß die Vorlage lediglich schlechter habe. Jedenfalls kann man das von den Bestimmungen über die Zwangsanleihe und über die Zahlung nicht sagen. Eine Steuer- und Finanzpolitik auf lange Sicht ist bei den schwankenden Wertschwankungen gar nicht möglich. Der Gesetzentwurf konnte also gar nicht die Aufgabe einer automatischen Anpassung der Steuerbeträge an die Geldentwertung lösen. Das nun die Auslands-

Warenverkehrs gerade die besten Bedingungen als zu überlassen bezeichnet. Jedenfalls dürfen wir die Zahlungsverpflichtungen nicht so verschärfen, daß sie zu einer Hemmung der Produktion führen könnten. Die Beispiele des Abg. Dr. Herz haben die Kursrückgänge der Wertpapiere nicht berücksichtigt und auch nicht den Umstand, daß sie infolge der Stützungsaktion der Markt vielfach um 50 Prozent gesunken sind. Wir wollen die Stützungsaktion fortsetzen, aber es darf nicht verkannt werden, daß sie auch der legalen Wirtschaft schwere Opfer auferlegt. Die Ausschüsse des Reichstages über den Tarif und über die beschleunigte Eingliederung sind zu begrüßen. Redner appelliert an die Gemeinden, mit allen Kräften für die beschleunigte Eingliederung der Steuern zu sorgen. Die Vorlage besichtigt den Zustand, daß bei Verzögerung der Steuerzahlung ein Gewinn gemacht wird. Sie nimmt den Arbeitnehmern das Gefühl, daß sie ungerecht behandelt werden. Es ist auch nicht wahr, daß alle Lohnempfänger sofort eine Einkommensteuer von 10 Prozent zahlen müssen. Durch die Abgabe sinkt der Satz bei einem verheirateten Arbeiter mit zwei Kindern auf 6 bis 7 Prozent und 1921 wurden 18, 6 Prozent der Lohnempfänger überhaupt nicht zur Steuer veranlagt. Mit der weiteren vom Ausschuss beschlossenen Milderung der Lohnsteuer sind wir einverstanden. Ob eine grundlegende Reform der Einkommensteuer zu erwägen ist, muß Aufgabe der Zukunft sein, jedenfalls ist eine Neuordnung der ganzen Finanzpolitik erst möglich, wenn wir wieder Boden unter den Füßen haben. Diese Vorlage betrachten wir als erste Etappe zur Konsolidierung und Sanierung unserer Finanzen!

Abg. Dr. Helfferich (Dnat.). Wir haben im Ausschuss versucht, das Beste herauszubekommen. Auch ich halte diese Vorlage für ein unbedingtes Nötigstes, muß aber auf mildernde Umstände verweisen. In keinem andern Land der Welt ist die Steuerlast für Besitz und Verbrauch so angepaßt worden wie bei uns. Nachdem in der Mitte des Vorjahres die gewaltige Anspannung unserer Kräfte schon zu wesentlichen Ueberlastungen geführt hatte, kam der neue Druck der Sanktionen und Ultimaten, der uns wieder zurück warf. Die Beschlüsse des Reichstages haben schon vor der Ausarbeitung der Vorlage erfordern, als Deutschland 1918 für Meer und Flotte zusammen anwendete. Wären diese Summen der Reparation zugeführt worden, hätte es besser um die ganze Welt. England leidet auch an Steuerlasten viel weniger als Deutschland. Das muß in der Welt bekannt werden, damit das Völkergewebe zerrissen wird, mit dem Deutschland als böswilliger Schuldner hingestellt wird. Wäge jeder für die Herstellung dieses Völkergewebes sorgfältig. Die Wünsche haben aber die Ausführungen des Abg. Dr. Herz nicht entzogen. Solche Ausführungen werden von der ausländischen Presse zum Dolchstoß gegen uns benutzt. Das Nachrichtenblatt des französischen Propagandabüros in Koblenz schreibt, mit der Stundung der Kohlensteuer werde Frankreich bestraft, und bezeichnet die Kohlenmagnaten als die größten Schulle, die sich auf Kosten des Volkes bereichern. Der Gewährsmann für dieses Blatt ist Abg. Dr. Herz! (Bei diesen Worten kommt es zu heftigen Zwischenfällen. Pfeiferei und Entschuldigungsgebungen richten sich gegen den Abg. Herz. Dieser ruft dem Redner zu: Sie sagen ja! Auch von anderen Abg. der Anten wird gerufen: Gauner! Vagabund! Dieser größte Verbrecher Deutschlands will uns verleumben.) Helfferich fährt fort: Von den Behauptungen des Abg. Dr. Herz über die Beurteilung unserer Steuerpolitik im Ausland ist das Gegenteil richtig: Die Entente hat den deutschen Regierungen immer vorgeworfen, daß sie nicht hart genug mit Verbrauchssteuern vorgehen. Die Finanzkatastrophe ist auch nicht durch eine falsche Steuerpolitik verursacht worden. Die von Poincaré herbeigeführte Reparationskatastrophe ist für uns zur Währungs- und Wirtschaftskatastrophe geworden. Für die drückendste Verbrauchssteuer, die Kohlensteuer, sind ja gerade die Sozialdemokraten immer eingetreten, während wir ihren Abbau verlangen. Auch die Lohnsteuer ist von den Mehrheitssozialdemokraten gegen unsere Stimmen beschlossen worden. Der Kurswert der Papiere ist auf ein Achtel der Vorkriegszeit gesunken, während der Reallohn der Arbeiter 90 Prozent dieses Wertes beträgt. (Widerspruch links.) Wir sagen jetzt: Es ist genug der Verführung, wir wollen aufbauen. (Rechtlicher Beifall rechts.)

Abg. Lange-Degermann (Zentr.) weist darauf hin, daß die von Dr. Herz angeführten Beispiele mit ganz böser Einseitigkeit herausgeholt seien, um agitatorisch zu wirken. (Witze bei den Zög.) Die wirtschaftlichen Gewerkschaften stehen einmütig hinter der Zentrumsvorlage bei ihrer Zustimmung zu dieser Vorlage. Es ist nicht wahr, daß bei uns der Besitz zu wenig belastet wird. Man solle doch versuchen, dieselben Steuern einzubringen, die der Besitz aufbringen muß. Das Zentrum werde mit Vergnügen dazu bereit sein. Wir werden es begrüßen, wenn Sie (nach links) einmal dieselben Opfer bringen, die jetzt schon das Bürgerium bringt.

Abg. Dr. Reibner (D. Sp.) bezeichnet die Vorlage als einen Nothbehelf, der aber angewendet werden müsse, weil eine vollständige Lösung in der jetzigen Zeit der wirtschaftlichen Schwankung nicht möglich sei. Vor allem müsse eine Stärkung der Wirtschaft vermieden und nur der Ertrag, nicht aber die Substanz angegriffen werden. Das vorliegende Gesetz greife schon in die Substanz ein. Redner schließt mit einer Polemik gegen die Ausführungen des Abg. Dr. Herz.

Abg. Reimann (Dem.) schließt sich dieser Kritik an und sucht nachweislich nachzuweisen, daß in keinem Lande der Welt der Besitz steuerlich stärker belastet sei als in Deutschland. Die Demokraten würden der Vorlage zustimmen, obwohl sie davon nicht befreit sind, sondern aber andererseits Einleitung einer grundlegenden Steuerreform.

Abg. Roenen (Romun.) lehnt die Vorlage ab, die nur eine neue Bevorzugung der Kapitalisten sei, und wirft der Sozialdemokratie vor, daß sie von der Möglichkeit, das Gesetz zu Fall zu bringen, keinen Gebrauch gemacht habe.

Abg. Dr. Herz (Zog.) weist die von den verschiedenen Rednern gegen ihn gerichteten Angriffe zurück und beschließt sich alsdann mit der Person des Abg. Dr. Helfferich, den er als den Führer aller bürgerlichen Parteien in der Steuerpolitik ansieht. Die Entente schlage für ihre Propaganda viel mehr Kapital aus den nationalistischen Drohreden Helfferichs als aus den Auslassungen der sozialdemokratischen Redner. Die Namen der Ermordeten Erzberger und Rathenau würden mit dem Namen Helfferich untrennbar verbunden bleiben. (Großer Lärm, der sich erst nach Minuten legt.)

Die einzelnen Artikel werden unter Ablehnung aller sozialdemokratischen Anträge im wesentlichen in der Fassung der zweiten Lesung angenommen. Die Mehrheit wird von sämtlichen bürgerlichen Parteien gebildet.

Auf eine Anfrage des Abg. Lange-Degermann erklärt Ministerialdirektor Poppe, die Organisation des württembergischen Bergwerkes habe leider beschlossen, die Ausrechnung der Zwangsbeiträge und Vermögenssteuer für ihre Kunden abzulehnen. Die Regierung könne keinen Zwang ausüben, würde es aber sehr bedauern, wenn die Erfüllung einer solchen staatsbürgerlichen Pflicht gerade von den Bankiers abgelehnt werde, die dazu am wenigsten Veranlassung hätten.

Abg. Dr. Richter (D. Sp.) erklärt namens des Zentralvorstandes der Organisation des Bankwerkes, daß dieser es nicht billigen würde, wenn sich die Bankiers dieser staatsbürgerlichen Pflicht entziehen würden.

In namentlicher Gesamtabstimmung wird die Vorlage mit 209 gegen 146 Stimmen bei drei Stimmenthaltungen angenommen.

Die Einführung der Sozialdemokraten auf Grund der Reform der Einkommensteuer mit vermindelter Eingliederung nach dem Vorbild der Lohnsteuer wird angenommen, ebenso die vom Ausschuss eingebrachten Entschleunigungen. Freitag nachmittags 7 Uhr kleinere Vorlesung, Redner: Kautsky. — Schluß nach 8 Uhr.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Schlüssiger Stand der Ernährungsfrage. In der gestrigen Vortragsbesprechung beim Reichskanzler hielt u. a. Reichsernährungsminister Dr. Sauer ein längeres Referat über die augenblickliche Ernährungsfrage; wie man hier, schließlich er sie als verhältnismäßig günstig.

Die Verteilung der Getreide. Im Interesse der Staatssicherheit fand am Mittwoch in München unter vollständigem Ausschluß der Öffentlichkeit die Verhandlung gegen den bekannten ehemaligen Kraftwagenführer Georg Procher statt. Procher wurde zu 14 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrenrechtsverlust verurteilt.

Neues Steuererzeugnis. Der Reichsfinanzminister wird in der nächsten Zeit den Entwurf eines neuen Steuererzeugnisses einbringen, der die Anpassung der Steuer an die jeweiligen Bierpreise vorzieht.

Ueber die Finanzlage Baden. In der gestrigen Sitzung des badischen Landtages nahm nach Blättermeldungen der Finanzminister Köhler eine Uebersicht über die Finanzlage Baden und betonte, daß die Behebung von Teilen des Landes sowie die Abschüttung der großen Handelsplätze Mannheim und Karlsruhe eine ungedeckte Schädigung der Gesamtwirtschaft des Landes bedeuteten. Das Reich bestehe vorläufig bereitwillig im Rahmen des Möglichen. Der Minister hielt sich für verpflichtet, den leitenden Reichsstellen hierfür Dank zu sagen. Die ständige Grenzmark dürfe und werde nicht wanken. Sie werde alle Spekulationen der Feinde zu Schanden machen. Die Ausführungen des Ministers fanden den allgemeinen Beifall des Hauses.

Polnische Besetzung über die Grenzfestsetzung. Der Reichskanzler in Paris hat bekanntlich in seiner Mitteilung seine Entscheidung über die russisch-polnisch-litauische Grenze getroffen, wonach Stadt und Gebiet Wilna Polen angeprochen worden ist. Der Beschluß der Vorkonferenz ist ratifiziert und die durch den Vertrag festgesetzte litauisch-polnische Grenze. Trotz der sehr unklaren Stellung wird die Entscheidung der Vorkonferenz hier so ausgelegt, daß nicht nur die polnisch-russische Grenze bei Wilna, sondern auch die ganze Litauen einseitig Litauen von den Bestmächten anerkannt worden sei. Die Presse feiert das als einen persönlichen Erfolg des Ministerpräsidenten General Eiserich.

Western nachmittag ist das Jahrestreffen zum Friedensprotokoll von Versailles, das die Grenze Volens an Wien festsetzt, am Quai d'Orsay in Paris unterzeichnet worden. Es unterzeichneten die Vertreter Englands, Frankreichs, Italiens, Japans und Polens.

Tschechoslowakei.

Lebenshaltungskosten in der Tschechoslowakei. Der Lebenshaltungskosten für die Tschechoslowakei zeigt eine leichte Senkung für Lebensmittel. Dagegen sind die Preise für Bekleidungsstücke, Schuhe und Hüte gestiegen.

Zusammenkunft der Pilsener Bierbrauer. Wie aus Prag verlautet wird, beabsichtigen die in Pilsen bestehenden Bierbrauereien sich zu einem gemeinsamen Unternehmen in Form einer neuen Aktiengesellschaft zusammenzuschließen, vor allem deshalb, weil in Zukunft nur noch ein einheitliches Pilsener Bier hergestellt werden soll. Man sieht dieser Aktion in den Kreisen der Pilsener brauerberechtigter Häuser des bürgerlichen Brauhandels in Pilsen noch Widerstand entgegen; es handelt sich hierbei jedoch nur um eine kleine Minderheit.

Noch immer keine Besetzung der Steinberg-Wälder. In der Angelegenheit des Rücktritts des Direktors der Pilsener deutschen Universität Dr. Steinberg, der wegen seiner jüdischen Abstammung von den deutschnationalen Studenten bestraft wurde, hat der Unterrichtsminister dem Rektor gestern mitgeteilt, daß er seinen Rücktritt nicht zur Kenntnis nehme.

Türkei.

Eine Note Adnan Bey. Nach einer Ovas-Nachricht aus Konstantinopel soll Adnan Bey den alliierten Oberkommandierenden eine Note überreicht haben, in der die türkische Regierung erklärt, sie wolle den Griechen keine Reisefreiheit mehr zum Verlassen von Anatolien aus. Die 15 000 der türkischen Flüchtlinge jedoch, die an der Küste des Schwarzen Meeres angekommen seien, könnten das Land verlassen. Die maßgebenden türkischen Kreise bemerkten, daß der Austausch der Kriegsgefangenen nichts mit der Abreise der Griechen aus Anatolien zu tun habe.

Frankreich.

Die sozialdemokratische Kammerfraktion hat beschlossen, die Regierung darüber zu interpellieren, durch welche Mittel sie die Achtung der Freiheit der Arbeiter im Ruhrgebiet sicherzustellen gedenke. Gleichseitig wird ein Resolutionsentwurf eingebracht werden, nach dem eine Enquete-Kommission ernannt werden soll, um die Bedingungen der Okkupation im Ruhrgebiet festzustellen. Endlich wird die Fraktion der amerikanischen Botschaft den Text der Tagesordnung übermitteln, die der Kongress von Vise angenommen hat und in der der Schiedsspruch der Vereinigten Staaten in der Reparationsfrage verlangt wird.

England.

Die Reparationszahlung im Unterhaus. Im Unterhaus teilte Lord Curzon auf eine Anfrage mit, es seien keinerlei Vorschläge der deutschen Regierung zur Annahme der von ihm in Paris als angemessene Reparationszahlung genannten Summe gemacht worden. Auf eine weitere Anfrage, ob der Premierminister irgendeinen Verlust gemacht habe, um während der Pariser Konferenz in Fühlung mit dem deutschen Botschafter in Paris zu treten und zu hören, was er in der Frage zu sagen habe, erwiderte Lord Curzon: Es hätte der deutschen Regierung freigestanden, irgendwelche Vorschläge zu unterbreiten, wenn sie dies gewünscht hätte. Kennen wir die Frage: Steht es ihr immer noch frei? Lord Curzon erwiderte: Jawohl.

Keine Vermittlung Großbritanniens. Reuters meldet: Von ausländischer Seite wird erklärt, Großbritannien werde, wenn sich die Gelegenheit ergebe, seine Vermittlung wiederholen, zwischen Deutschland einerseits und Frankreich und Belgien andererseits nicht zu vermitteln. Es werde erklärt, die Frage gebe England nichts an, sofern, als es Aufgabe Deutschlands sei, einen Plan vorzulegen, der Frankreich und Belgien befriedige.

Japan.

Die Beziehungen Japans zu China. Auf die Note des chinesischen Gesandten in Tokio vom 10. März, in der er der japanischen Regierung den Entschluß der chinesischen Regierung, die chinesisch-japanischen Verträge und Bestimmungen vom 25. Mai 1915 außer Kraft zu setzen, zur Kenntnis brachte, hat der japanische Minister des Auswärtigen dem chinesischen Gesandten eine Note überreicht, in der er festhält, daß die Verträge und Bestimmungen von seiner Seite mit den erforderlichen Vollmachten außer Kraft gesetzt werden. Jeder Versuch der chinesischen Regierung, die mit ihrer eigenen Zustimmung zustande gekommenen, vollkommen gültigen Verträge und Bestimmungen

außer Kraft zu setzen, würde nicht nur nicht zur Förderung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern beitragen, sondern als dem allgemeinen Wohlwollen der internationalen Verträge widersprechend angesehen werden. Die Note schließt mit dem Hinweis darauf, daß der japanischen Regierung keine Gelegenheit gegeben zu sein dürfe, Vorschläge der chinesischen Regierung über eine Verständigung von mit der Rückgabe von Port Arthur und Dairen zusammenhängenden Fragen oder über die Aufhebung der genannten Verträge und Bestimmungen irgendwie zu erwägen.

Amerika.

Besprechungen der französischen Regierung. Die „New York Times“ aus Washington erklärt, daß das Staatsdepartement von der französischen Regierung die nichtformale Verlehnung erhalten, sie werde in den besetzten deutschen Gebieten umfassende Maßnahmen treffen, um eine jede unterschiedliche Behandlung ausländischer geschäftlicher Interessen zu verhindern.

Sächsischer Landtag.

II. Dresden, den 15. März 1922.

In der heutigen 25. Sitzung werden zunächst mehrere Kapitel des Nachtragssetats erledigt. Die bei Kapitel 16, Staatliche Verkehrsunternehmen und Beteiligung an nichtstaatlichen Verkehrsunternehmen betr. eingestellten Summen werden genehmigt. Die bei Titel 10 des Nachtrags zum außerordentlichen Etat eingestellten 10 600 000 Mark werden abgelehnt. Es handelt sich hier um Einrichtung von staatlichen Kraftwagenbetriebe. — Genehmigt werden die Einstellungen bei Titel 7 und 16 des außerordentlichen Staatshaushaltsplans auf das Rechnungsjahr 1922, betr. Erstellung von mechanischen Kohlenförderanlagen mit Zubehör und Einbau eines Rauchscheidewerkes oder über die Aufhebung der Staatlichen Fernheiz- und Elektrizitätswerke Dresden, sowie betr. Wiedererrichtung von Liebesbrütern in Nordwestfalen zur Untersuchung des geologischen Untergrundes auf das Vorhandensein von Steinsalz usw. Weiter steht zur Beratung der Gesetzentwürfe über die Ausbildung der Volkshullehrer.

Kultusminister Fleischer begründet die Vorlage, die den Lehrzeit vom Landtage geduldeten Wünschen entspricht. Danach sollen die Volkshullehrer und -Lehrerinnen ihre wissenschaftliche Fortbildung an der Universität Leipzig und an der Technischen Hochschule Dresden, ihre praktische-pädagogische Ausbildung an mit diesen Hochschulen verbundenen pädagogischen Instituten erhalten. Eigentlich hätte die Reichsregierung die Pflicht gehabt, ein solches Rahmengesetz vorzulegen. In dieser Frage seien unabhängige Verhandlungen gepflogen worden. Leider habe sich die Reichsregierung vor kurzem entschieden, von erwiderten kein Gesetz über die Neuordnung der Lehrerbildung einzubringen, aber die Reichsregierung sei damit einverstanden, daß dies die Länder in enger Fühlung mit der Reichsregierung tun können. Die Regierung werde dafür sorgen, daß die Neueinrichtung den Anforderungen der modernen Zeit genüge.

Abg. Frau Dr. Hertwig (D. Sp.) erklärt die Zustimmung ihrer politischen Freunde zu der Vorlage. Abg. Grelmann (Dn.) äußert zahlreiche Bedenken gegen die Vorlage, deren Durchführung einen großen Lehrermangel im Gefolge haben werde. Es gehe das Gerücht, daß der Lehrerverein den jungen Studenten eine weite Ausbildung für das dritte Schuljahr zugesichert habe. Diese Zusicherungen könnten doch nur vom Kultusministerium kommen, das damit den Beschlüssen des Landtages vorgegriffen habe. Er bezweifle, daß die Vorlage den Anforderungen an eine praktische Lehrerbildung gerecht werde. Er befinde sich ferner, daß der Entwurf der finanziellen Lage des Landes nicht Rechnung trage. Wir lehnen den Entwurf nicht grundsätzlich ab, aber wir verlangen seine gründliche Durchberatung im Reichsausschuß. Abg. Dr. Eiserich (Dem.): Auf dem alten Wege könne die Aufgabe, begabten Schülern Weiterbildung eine wissenschaftliche Ausbildung zu ermöglichen, nicht mehr gelöst werden. Ein neuer Weg müßte gesucht werden. Der Staat werde künftig seine Lehrer billiger ausbilden können, als bisher. Die Beschlüsse des Abg. Grelmann könne er nicht teilen. Wir verlangen von der neuen Lehrerausbildung: 1. daß sie mehr als bisher auch die körperliche Erziehung des Kindes betont, 2. daß mehr als bisher das Kind als ein Glied der Gemeinschaft gilt, 3. daß die Ziele, die man als die des Wahren, Guten und Schönen hinstellen kann, dem jungen Lehrer in der Form geboten werden, wie sie unsere tiefsten Denker dargestellt haben. — Abg. Wedel (Zog.) erklärt die Zustimmung seiner Freunde zu der Vorlage. — Abg. Schneller (Rom.) bemängelt an der Vorlage, daß sie nicht den wahren sozialistischen Geist atme. Trotzdem sei die Befestigung des alten Lehrerbildungsganges zu bejahen. — Die Vorlage wird an den Reichsausschuß verwiesen.

Enthlich stehen zur Schlussberatung drei kommunizistische Anträge auf

Behebung des Unterrichts. Den Antrag betr. Behebung der Mittel zur Ausstattung der Schulentfassen mit Lehrern und Wäsche, beantragt die Mehrheit des Ausschusses abzulehnen, während die Kommunisten beantragen, den Gemeinden für diesen Zweck eine Milliarde Mark zur Verfügung zu stellen, unter der Bedingung, daß von den Gemeinden diese Summe aus eigenen Mitteln verdoppelt wird.

Den Bericht erstattet Abg. Schneller (Rom.). — Frau Abg. Härtner (Zog.) wirft den Kommunisten vor, daß sie nur aus agitatorischen Gründen ihre Anträge stellen; sie wählten ganz genau, daß die Kommunisten die Mehrheit der Stimmen, nicht vermischt werden können. — Als Abg. Schneller (Rom.) in kurzer Weise der Vorrednerin entgegen, daß es von Nutzen von sozialdemokratischer Seite und schließlich liegen die Worte zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten herüber und hinüber, und es erhebt sich ein solcher Lärm, daß der Redner trotz großen Stimmenmehrs sich nicht mehr verständlich machen kann.

Präsident Müller macht das Land darauf aufmerksam, daß durch die langen Reden und die Zwischenrufe kein einziges Wort gesagt werden könne. Wenn nicht sofort geendet würde, könnte viel gespart werden, denn jede Seite einer niedergeschriebenen Rede kostet dem Staate 15 000 Mark.

Der kommunizistische Antrag wird abgelehnt. Zusammen mit dem letzten Antrag, die Regierung zu beauftragen, als Maßnahme zur Behebung des Unterrichts unterrichtliche höhere Mittel bereitzustellen, um unentgeltliche Schullinderleistungen in größerem Umfang durchzuführen. — Dagegen wird der dritte Antrag auf Einführung arztlicher und zahnärztlicher Untersuchungen der Kinder abgelehnt.

Nächste Sitzung: Mittwoch, den 21. März, 100 Uhr. Tagesordnung: Wahl des Ministerpräsidenten. Am 22. und 23. März soll der Nachtragssetat und etwa noch vorliegende Anträge der Ausschüsse erledigt werden. Am Freitag, den 24. März beginnt die Osterferien des Landtags, die bis zum Donnerstag, den 5. April andauern. In diesem Tage, mittags 1 Uhr soll auf der Tagesordnung die „Regierungserklärung“ stehen, deren Beantwortung am Dienstag, den 16. April stattfinden soll.